



Jahresbericht 2023

Auswertung und Chronik

Register Reinickendorf zur Erfassung
extrem rechter und diskriminierender Vorfälle





Was ist das Register?

Das Register ist eine Dokumentationsstelle für extrem rechte und diskriminierende Vorfälle, die sich in Reinickendorf ereignen. Die Koordinierungsstelle des Registers erhält Meldungen von Vorfällen, prüft sie auf Plausibilität und veröffentlicht sie in einer Online-Chronik. Einmal im Jahr werden die Vorfälle qualitativ und quantitativ ausgewertet.

Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken bezieht das Register nicht nur strafrechtlich relevante Handlungen wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Angriffe mit ein, sondern auch niedrigschwellige Vorfälle wie Aufkleber und diskriminierende Äußerungen oder Handlungen. Häufig wollen Betroffene keine Anzeige erstatten. Die Dokumentation dieser Vorfälle durch das Register gibt ihnen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und nicht damit allein bleiben. Bei der Veröffentlichung wird darauf geachtet, dass die Betroffenen anonym bleiben können.

Was ist das Ziel der Registerarbeit?

Ziel des Registers ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Aktivitäten auf lokaler Ebene, sondern das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag. Lokale demokratische Akteur*innen erhalten so zeitnah Informationen über die Entwicklungen im Bezirk und können besser dagegen vorgehen.

Mittels Öffentlichkeitsarbeit wird die Bevölkerung des Bezirks für das Thema extreme Rechte und verschiedene Formen von Diskriminierung sensibilisiert.

Seit wann gibt es das Register?

Die Idee der bezirklichen Register entstand 2005 in Pankow. Nach und nach entstanden Registerstellen in allen Berliner Bezirken. In Reinickendorf nahm das Register im Jahr 2015 seine Arbeit auf. Seitdem wurde ein bezirkliches Netzwerk aufgebaut, das kontinuierlich erweitert wird.

Wer finanziert das Register?

Das Register wird durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung finanziert.

Wie kann ich einen Vorfall melden?

Vorfälle werden von Betroffenen und Zeug*innen gemeldet. Dafür kann das Register direkt kontaktiert werden. Es können auch verschiedene Anlaufstellen, die über den Bezirk verteilt sind, genutzt werden. Auf unserer Website www.berliner-register.de können Vorfälle auch über ein Online-Formular gemeldet werden. Weitere Informationen über die Arbeit aller Berliner Register in anderen Sprachen gibt es ebenfalls auf dieser Website.

Wie erreiche ich das Register Reinickendorf?

Mail: Register-rd@lvs.stiftung-spi.de
Telefon: +49 152 02 82 45 37
+49 173 64 40 608
Instagram: register.reinickendorf
Facebook: Register Reinickendorf

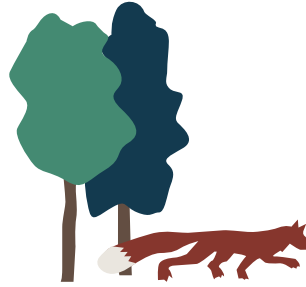
Auswertung

Entwicklungen im Überblick

Die Zahl der registrierten diskriminierenden Vorfälle in Reinickendorf ist 2023 deutlich auf 175 Fälle angestiegen (2022: 103). Damit wurde ein neuer Höchststand seit Beginn der Erfassung erreicht (2018: 114). Das Thema Geflüchtete blieb in doppelter Hinsicht wichtig. Im Unterschied zu anderen Bezirken kam es in Reinickendorf erneut zu Mobilisierungen gegen Unterkünfte für Geflüchtete. Außerdem liegen beide Ankunftscentren weiterhin im Bezirk. Eine Besonderheit des Bezirks war außerdem, dass hier die Neonazipartei „Die Heimat“ (ehemals NPD) wieder verstärkt aktiv wurde (16 Vorfälle).

Ein Grund für den Anstieg der Vorfallszahlen war, dass die Präsenz des Register im Bezirk erhöht und die Netzwerkarbeit intensiviert werden konnte. Die Zahl der von lokalen Kooperationspartner*innen und Einzelpersonen stammenden Meldungen nahm dadurch zu. Teilweise geht der Anstieg auch auf die gestiegene Zahl der Online-Vorfälle zurück. Die deutliche Zunahme von erfassten Vorfällen im Bezirk spiegelt einen berlinweiten Trend wider. Reinickendorf bleibt daher weiterhin der Bezirk mit den zweitwenigsten Vorfällen gefolgt von Spandau.

Zwei strukturelle Entwicklungen prägten die flüchtlingsfeindlichen Vorfälle im Jahr 2023. Zum einen wurde die Zeltstadt auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel für ukrainische Flüchtlinge und andere Asylbewerber*innen zur Dauerunterkunft. Dort kam es weiterhin zu struktureller Benachteiligung. Zum anderen wurden vier Unterkünfte für minderjährige Geflüchtete im Bezirk eröffnet. Anwohner*innen positionierten sich ablehnend und Neonazis organisierten Gegenproteste. Die erstmalige Veröffentlichung der Adressen der Unterkünfte dieser besonders schutzwürdigen Gruppen durch den Senat stellte sich aus Sicht des Registers in diesem Zusammenhang als problematisch heraus.



Vorfallsarten

Der Anstieg der Gesamtzahl ging im Wesentlichen auf die Zunahme von Propaganda zurück. Die Zahl der erfassten Propagandavorfälle, meist Aufkleber im öffentlichen Raum, stieg um mehr als das Doppelte (2023: 106; 2022: 41). In den Vorjahren lagen Propagandavorfälle in Reinickendorf bei etwa 40 % und damit deutlich niedriger als in den anderen Bezirken. Im Jahr 2023 stieg der Anteil hingegen auf 61 %, so dass sich die Verteilung der Vorfallsarten im Bezirk an den Rest der Stadt anglich. Besonders stark stieg Propaganda, die Werbung für extrem rechte Organisationen machte (2023: 34; 2022: 10). Die meisten Aufkleber, die im öffentlichen Raum verbreitet wurden, stammten von der Neonazikleinpartei „Der III. Weg“, „auf1“ und der „Patriotischen Jugend“ meist mit dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ (jeweils 9 Vorfälle). „Auf1“ ist ein österreichischer TV-Sender, der unter anderem extrem rechte und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet. Die meisten Aufkleber trugen die Aufschrift „Und die SCHWURBLER hatten doch recht...“ oder bezogen sich auf den Verschwörungsmythos „Great Reset“. Häufig waren außerdem Sticker von „Die Heimat“ (6 Vorfälle). Des Weiteren wurden Sticker von „Druck18“ und „Division Odin“, die online rassistische Aufkleber und extrem rechte Kleidung vertreiben, und Aufkleber mit der Aufschrift „Remigration“ von „aktiv.berlin“ gemel-



det (jeweils 4 Vorfälle). „Patriotische Jugend“ und „aktiv.berlin“ sind Teil eines Netzwerks von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich online als Kampfsportler darstellen. Abgesehen von der Verbreitung von Aufklebern im Umfeld des Humboldt-Gymnasiums in Tegel, in Witte-
tau und in Reinickendorf-Ost, inszenierten sie sich mit Bengalos und einem rassistischen Banner auf einer Autobahnbrücke und sprühten Graffiti. Im 2023 gab es wieder etwas mehr extrem rechte Veranstaltungen, darunter Kundgebungen der „Heimat“ gegen Unterkünfte für Geflüchtete und auch wieder Stammtische der Partei (2023: 4; 2022: 2).

Die Zahl der Angriffe sank leicht und fanden jeweils zur Hälfte in den Ortsteilen Reinickendorf

und Tegel statt (2023: 6; 2022: 10). Alle waren rassistisch motiviert, einer davon antiziganistisch. Im Bereich Beleidigungen, Bedrohungen, Pöbeleien gab es dagegen einen starken Anstieg (2023: 38, 2022: 24). Damit wurde auch ein neuer Höchstwert erreicht (2021: 29). Die Zahl der Sachbeschädigungen stieg etwas, was mit zivilgesellschaftlichen Aktionen zusammenhängt (2023: 4, 2022: 2). Das Zeigen der israelischen Fahne, pro-israelischer Banner oder der Regenbogenfahne wurden Anlässe für Beschädigungen. Drei von vier Fällen waren antisemitisch motiviert.

Die Fälle struktureller Diskriminierung sanken insbesondere wegen ausbleibender Daten im

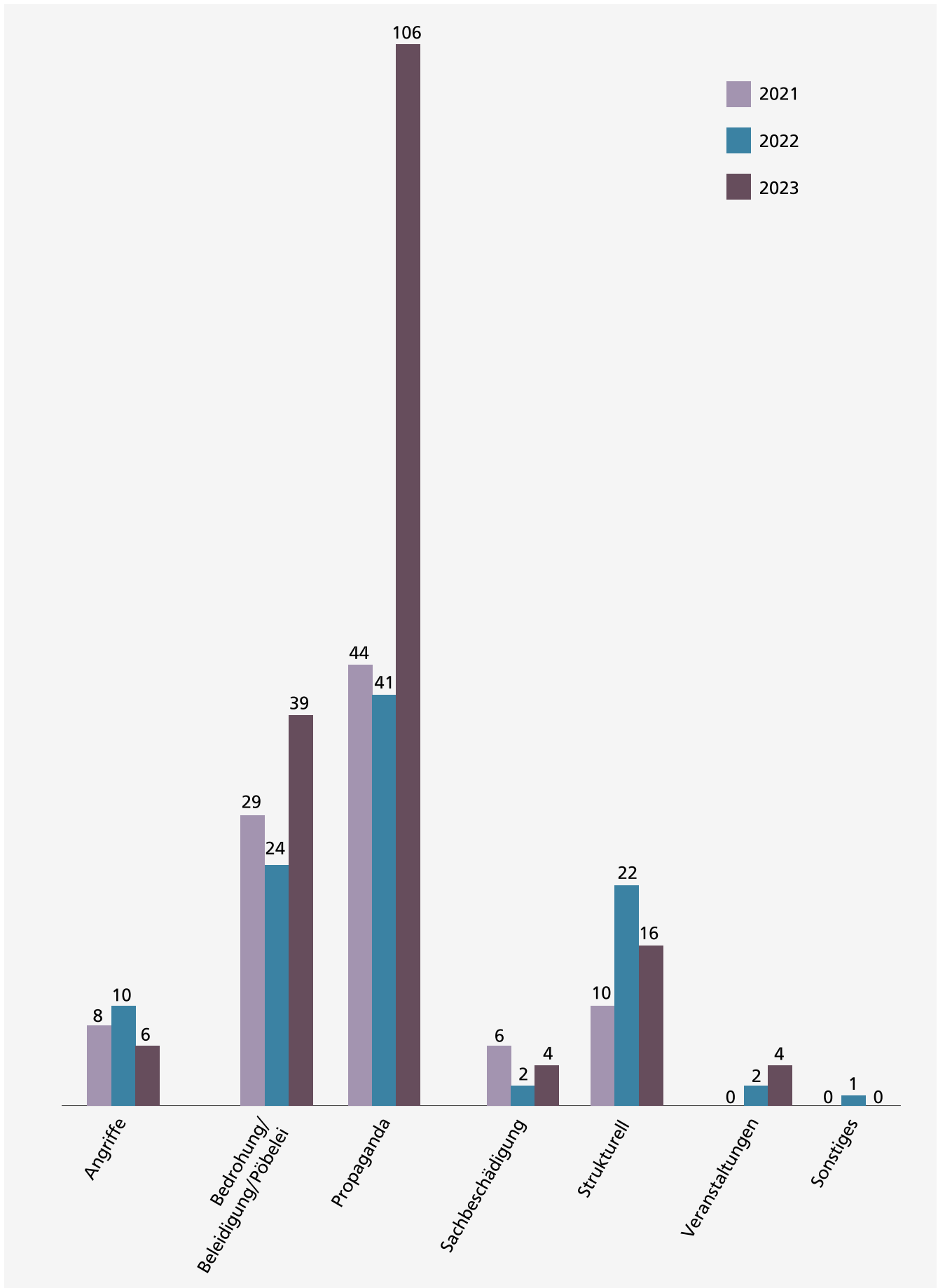
Die Heimat/NPD und III.Weg

Das Register Reinickendorf dokumentierte Aktivitäten von den extrem rechten Parteien „Der III. Weg“ und NPD (seit Juni 2023: „Die Heimat“). Die NPD/„Die Heimat“ hat vielerorts ihre Tätigkeit eingestellt. Dass sie in Reinickendorf wieder stärker sichtbar auftrat, stellt eine Besonderheit des Bezirks dar.

Insgesamt wurden 17 Vorfälle im Zusammenhang mit der NPD/„Die Heimat“ dokumentiert. Im Jahr davor gab es keinen Vorfall. Seit Beginn des Jahres war die Partei wieder auf Facebook aktiv. Viele Beiträge waren antimuslimisch-rassistisch oder richteten sich pauschal gegen Geflüchtete. Kurz nach der Umbenennung der NPD in „Die Heimat“ im Sommer wurden Aufkleber des Bezirksverbands mit neuem Namen auf der Lübarser Höhe gemeldet. Im September wurden in Lübars rassistische Flugblätter der Partei verteilt, die sich gegen die Unterbringung von geflüchteten Mädchen richteten. Anhänger der Partei nahmen auch an einer Infoveranstaltung des Senats zur Eröffnung einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete in Reinickendorf-Ost teil. Im Oktober gab es an einem Tag drei öffentliche Kleinstkundgebungen im Bezirk, die sich erneut gegen die Unterbringung jugendlicher Geflüchteter richteten. Die Partei organisierte weitere Veranstaltungen. So wurde im Oktober zu einem „deutsch-nationalen Stammtisch Reinickendorf“ eingeladen. Der Stammtisch des Bezirksverbandes soll jeweils am ersten Freitag im Monat stattfinden. „Der III. Weg“ verteilte in Lübars, Waidmannslust und Heiligensee Flyer. Die neonazistische Kleinstpartei war hier allerdings weniger präsent als in den ostberliner Bezirken, in denen sie im vergangenen Jahr z. B. auch vor Schulen Flyer verteilte. „Der III. Weg“ vertritt eine nationalsozialistische Ideologie, strebt einen Umsturz der politischen Verhältnisse an und befürwortet Gewalt. Die Partei setzt nicht wie übliche Parteien auf Wahlerfolge oder Sitze in Parlamenten, sondern ist eine neonazistische Bewegung, die sich der Form einer Partei bedient. Wichtige Säulen ihrer propagandistischen Arbeit sind Aufkleber, Plakate und Infostände. Ihre Aufkleber und Flyer haben sind an der römischen Zahl drei in einem Eichenkranz zu erkennen. Die Jugendorganisation der Partei heißt Nationalrevolutionäre Jugend (NRJ).



Abbildung: Jahresvergleich der Vorfallsarten





Bereich Antiziganismus (2023: 16; 2022: 22). Bei einem Großteil der Vorfälle handelt es sich um rassistische Benachteiligung (14), zwei Vorfälle waren behindertenfeindlich motiviert. Sieben Vorfälle fanden an Schulen statt und betrafen meist Schwarze Schüler*innen. Auch im

Jobcenter, im Wohnungsamt und in der Justizvollzugsanstalt wurden Personen strukturell diskriminiert. So protestierten Häftlinge der JVA Tegel gegen rassistische Diskriminierung und Rechtsverstöße durch die Haftanstalt.

Diskriminierende Strukturen in Notunterkunft in Tegel

Fünf Fälle struktureller Diskriminierung wurden aus der provisorischen Unterkunft für Geflüchtete auf dem Flughafengelände gemeldet. Sie repräsentieren jeweils eine Vielzahl von konkreten Ereignissen bzw. von dauerhaften Einschränkungen. Die dauerhafte Unterbringung in Notunterkünften ohne Privatsphäre und eigene Kochmöglichkeiten stellt ohnehin eine große Einschränkung der Menschenwürde dar. Darüber hinaus wurde über Strukturen berichtet, die Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke und Frauen besonders hart trafen. So wurden alle Toiletten zur Reinigung gleichzeitig für eine Stunde geschlossen und der Zugang zur Behindertentoilette nur Rollstuhlfahrenden erlaubt. Die Qualität des Essens war schlecht, die Bewohner*innen durften aber kein eigenes Essen in die Zelte bringen. Es wurde nicht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung gestellt. Die Taschen der Bewohner*innen wurden nicht mehr nur am Eingang, sondern auch im Schlafsaal durchsucht. An zwei Tagen durchsuchten Sicherheitsleute die Taschen von Frauen, die vom Duschen kamen, und betrachteten ihre Unterwäsche. Frauen wurden generell nicht ausreichend vor sexualisierter Gewalt geschützt. Es fehlte ein Verfahren zum Anfordern von Rettungswagen, sodass Krankenhausbehandlungen verhindert wurden. Zusätzlich gab es kein funktionierendes Beschwerde-Management und keinen ausreichenden Zugang zu Beratungsangeboten. Darüber hinaus sind im Bereich Angriffe mehrere Gewalttaten durch Sicherheitsleute dokumentiert worden. In einem Fall wurde ein Kind von Security-Mitarbeitern geschlagen. Gewalt und Bedrohungen gegen kurdische Geflüchtete ging auch von anderen Bewohner*innen aus. Diese Fälle zeigen, dass Bewohner*innen dieser Form von Unterkünften besonderen Formen von Gewalt ausgesetzt sind und nicht genug Schutz erfahren.



Motive

Bei den Motiven gab es eine Verschiebung. Der Anteil der Rechten Selbstdarstellung verdoppelte sich fast (2023: 21 %, 2022: 12 %) und auch Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen richteten, nahmen einen größeren Teil ein.

In absoluten Zahlen blieb Rassismus weiter die wichtigste Motivkategorie. Mit 71 Vorfällen in diesem Bereich wurden so viele Vorfälle registriert wie seit 2018 nicht mehr (2022: 56; 2018: 81). Davon wurden 48 Vorfälle dem Bereich Allgemeiner Rassismus zugeordnet (2022: 28). Im Bereich des antimuslimischen Rassismus wurde mit 15 Vorfällen wieder das Niveau der Vorjah-

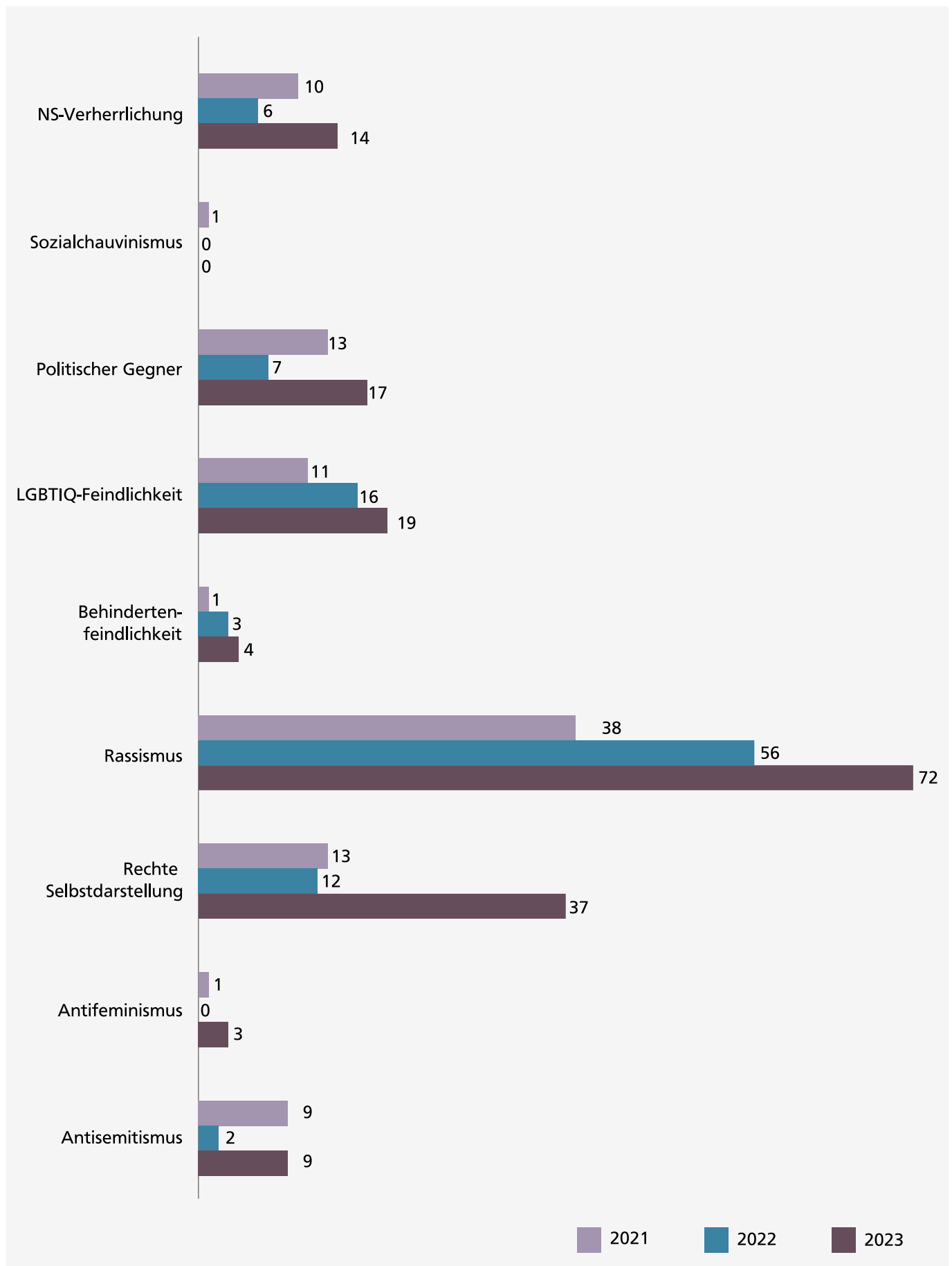
re erreicht (2022: 3, 2020: 16). Darunter waren drei verbale Anfeindungen von Frauen mit Kopftuch im öffentlichen Raum, ein Drohbrief an eine Moscheegemeinde, außerdem Aufkleber, Facebook-Beiträge von „Die Heimat“ Reinickendorf und Schmierereien wie „Fight Islam“. Die neuerliche Eskalation des Nahostkonflikts stärkte auch antimuslimischen Rassismus. In einer Schule äußerte sich eine erwachsene Person, dass muslimische Menschen nicht zu Deutschland gehören und die Hamas unterstützen würden. Die Fälle von Antiziganismus sanken deutlich (2023: 2; 2022: 12), was damit zusammenhing, dass der Zahlenabgleich mit Kooperationspartner nicht bis zum Stichtag vorgenommen werden konnte. Im Bereich Anti-Schwarzer Rassismus halbierten

Flüchtlingsfeindliche Mobilisierung gegen Unterkünfte für minderjährige Geflüchtete

Die flüchtlingsfeindlichen Fälle hingen mit einer erneuten Mobilisierung gegen Unterkünfte in Reinickendorf zusammen. Hierbei zeigte sich, wie die Handlungen unterschiedlicher Akteur*innen – teils ungewollt – ineinandergriffen und den Raum für rassistische Stimmungsmache eröffneten. Ende August kursierten in einer Facebook-Gruppe im Ortsteil Lübars erste Gerüchte darüber, dass eine Unterkunft für minderjährige Geflüchtete eröffnet werden würde. Verschiedene Untergangsszenarien wurden dort artikuliert. Einen Tag später fand, sehr spontan, eine Informationsveranstaltung des Senats statt, bei der Anwesende sich ungebremst rassistisch äußern konnten. Eine Woche darauf wurden in Lübars rassistische Flugblätter der Partei „Die Heimat“ (NPD) gegen die Unterkunft verteilt. Etwa zeitgleich veröffentlichte ein Reinickendorfer AfD-Politiker einen Beitrag auf Facebook, der sich gegen die Eröffnung einer weiteren Unterkunft für minderjährige Geflüchtete im Ortsteil Reinickendorf richtete. Unter der Überschrift „Nein zum Asylantenheim!“ wurde geschrieben, dass die Straße „nicht zu einem Brennpunkt werden“ dürfe und dem Träger Profitinteressen unterstellt. Zwei Tage später fand eine weitere Veranstaltung des Senats mit Bezug auf die dort erwähnte Unterkunft statt. Teilnehmende unterstellten den Geflüchteten pauschal Betrug und Kriminalität. Unter den Teilnehmenden waren auch Anhänger von „Die Heimat“. Der anwesende Staatssekretär äußerte viel Verständnis für die Wut über die Eröffnung der Unterkunft. Mitte Oktober lud ein Mitglied des Abgeordnetenhaus zu einer Nachbarschaftsversammlung in Reinickendorf-Ost, um über die vermeintlichen Probleme rund um die Unterkunft zu sprechen. Die Jugendlichen und die Mitarbeiter*innen der Unterkunft standen unter permanenter Beobachtung der Nachbar*innen und Rechtsfertigungsdruck. Durch Versammlungen wie diese wurden Resonanzräume geschaffen, in denen rassistische Ressentiments geäußert und bestärkt werden konnten. Am 21. Oktober veranstaltete „Die Heimat“ schließlich an drei Standorten in der Nähe von Unterkünften für minderjährige Geflüchtete kurze Kundgebungen, bei denen eine Handvoll Anhänger flüchtlingsfeindliche Banner hochhielten.



Abbildung: Jahresvergleich der Anzahl der Vorfälle



sich die Vorfallszahlen (2023: 7; 2022: 13), die Diskriminierung Schwarzer Menschen in Reinickendorf bleibt nach Einschätzung des Registers jedoch weiter, besonders an den Schulen, ein alltägliches Phänomen. Eine Schwarze Schülerin erlebte beispielsweise innerhalb einer Woche drei rassistische Vorfälle durch Mitschüler*innen, sodass sie nicht mehr zur Schule gehen wollte. Etwa die Hälfte der rassistischen Vorfälle waren gegen Geflüchtete gerichtet (2023: 36, 2022: 16). Ein Großteil davon machte Propaganda aus (22 Vorfälle), Geflüchtete waren aber auch in besonderem Maße von struktureller Benachteiligung (5 von 16 Fällen) und Angriffen (3 von 6 Vorfällen) betroffen. Flüchtlingsfeindliche Inhalte spielten auch im Wahlkampf der AfD eine Rolle.

Wie überall in Berlin stiegen auch in Reinickendorf die antisemitischen Vorfälle nach dem Massaker der Hamas und der Verschleppung von Geiseln in Israel am 7. Oktober an (2023: 9; 2022: 2). Fünf von 9 Vorfällen fanden danach statt. Unter anderem wurden Zeichen der Solidarität mit Israel beschädigt und israelfeindliche Aufkleber des „III. Weg“ verteilt.



Besonders stark waren die Anstiege im Bereich der Rechten Selbstdarstellung (2023: 37; 2022: 12). Dazu zählten beispielsweise Aufkleber mit der Aufschrift „Jung, deutsch, kampfbereit“. Auch Vorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen richteten, nahmen weiter zu und erreichten einen neuen Höchststand (2023: 17; 2022: 7). Im letzten Jahr war die gesellschaftliche Stimmung insgesamt aufgeheizt. Die Polarisierung in den Themenbereichen Klimakrise, geschlechtliche Vielfalt und Gleichberechtigung

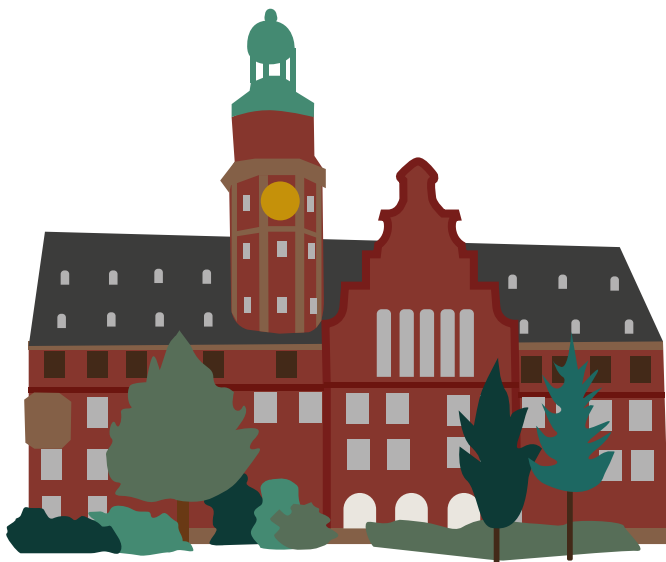
schlug sich im lokalen Kontext nieder. Durch das Verteilen der eigenen Propaganda machten verschiedene Gruppierungen nicht nur Werbung für sich, sondern versuchten die Deutungshoheit im öffentlichen Raum zu erringen. Sie markierten auch gegnerischen Orte wie die Schaukästen evangelischer Kirchen oder von SPD- und CDU-Ortsverbänden mit rassistischen und queerfeindlichen Aufklebern und Schmierereien. Auffällig ist, dass an den Kästen der Parteien auch Aufkleber angebracht wurden, die gegen die Partei Bündnis 90 / Die Grünen bzw. gegen die Kirche gerichtet waren. Auf anderen Aufklebern wurden antifaschistische Aktivist*innen als „Zecken“ entmenschlicht und zu Gewalt gegen sie aufgerufen. Die Partei Die Linke erhielt außerdem ein Schreiben, in dem sie beleidigt und bedroht wurde. So versuchten die Täter*innen das Eintreten für Antidiskriminierung und Klimaschutz zu diffamieren und politische Gegner*innen einzuschüchtern. Diese gezielten Aktionen richteten sich gegen einzelne politische Akteur*innen, aber rassistische und queerfeindliche Aufkleber signalisieren Angehörigen von Minderheiten generell, dass der öffentliche Raum für sie unsicher sei.

Auch der Anstieg in anderen Motivkategorien hing mit Propaganda im Straßenraum zusammen. Die Zahl der NS-verherrlichenden Vorfälle erhöhte sich um mehr als das Doppelte (2023: 14; 2022: 6). Sechs davon waren Hakenkreuz-Schmierereien. Auch die antifeministischen Vorfälle (2023: 3; 2022: 0) gingen auf Aufkleber im öffentlichen Raum zurück.

LGBTIQ*-feindliche Vorfälle stiegen nur leicht an (2023: 19; 2022: 16). Fünf davon waren Aufkleber, die im Zuge des „Stolzmonat“ angebracht wurden. Dabei handelte es sich um eine Kampagne gegen den Pride Month im Juni. Mehr als die Hälfte waren Beleidigungen und Pöbeleien (10 Vorfälle). Sie fanden im öffentlichen Nahverkehr, aber auch im schulischen Umfeld statt. Personen, die als queer wahrgenommen wurden, waren somit von allen Betroffenengruppen am stärksten von verbalen Anfeindungen betroffen. Fälle von Behindertenfeindlichkeit (2023: 4; 2022: 3) wurden nur sehr selten, von Sozialchauvinismus gar nicht gemeldet (2023: 0; 2021: 0). Das hat unterschiedliche Gründe. Strukturelle



Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten sind im Alltag überall gegenwärtig, erscheinen daher aber nicht als einzelner, abgrenzbarer Vorfall. In einem Fall weigerte sich beispielsweise eine Grundschule, eine Rampe zu errichten, so dass ein Kind vom Hortangebot ausgeschlossen wurde. Betroffene, die ständig mit Diskriminierung konfrontiert sind, haben häufig keine Energie dafür, diese auch noch zu dokumentieren. Das gilt erst recht für Personen, die von Sozialchauvinismus betroffen sind, also beispielsweise wohnungslos oder drogenabhängig sind. Zusätzlich sind die Netzwerke des Registers in diesen beiden Bereichen noch nicht so gut ausgebaut.



Ortsteile

Erstmals wurden im Jahr 2023 aus allen Reinickendorfer Ortsteilen Vorfälle gemeldet.

Ortsteil Reinickendorf: Es wurden im Ortsteil mit 46 am meisten Vorfälle dokumentiert. Es ereigneten sich drei rassistische Angriffe. Die Fälle verbaler Anfeindungen verdreifachten sich (2023: 16; 2022: 5) und machten mehr als ein Drittel aller Vorfälle in dieser Kategorie aus. Die Propaganda im Ortsteil stieg noch stärker auf 23 Vorfälle an (2022: 6). Meist handelte es sich um Werbung für „Auf1“ oder für völkischen Umweltschutz, die rund um den Franz-Neumann-Platz bemerkt wurde.

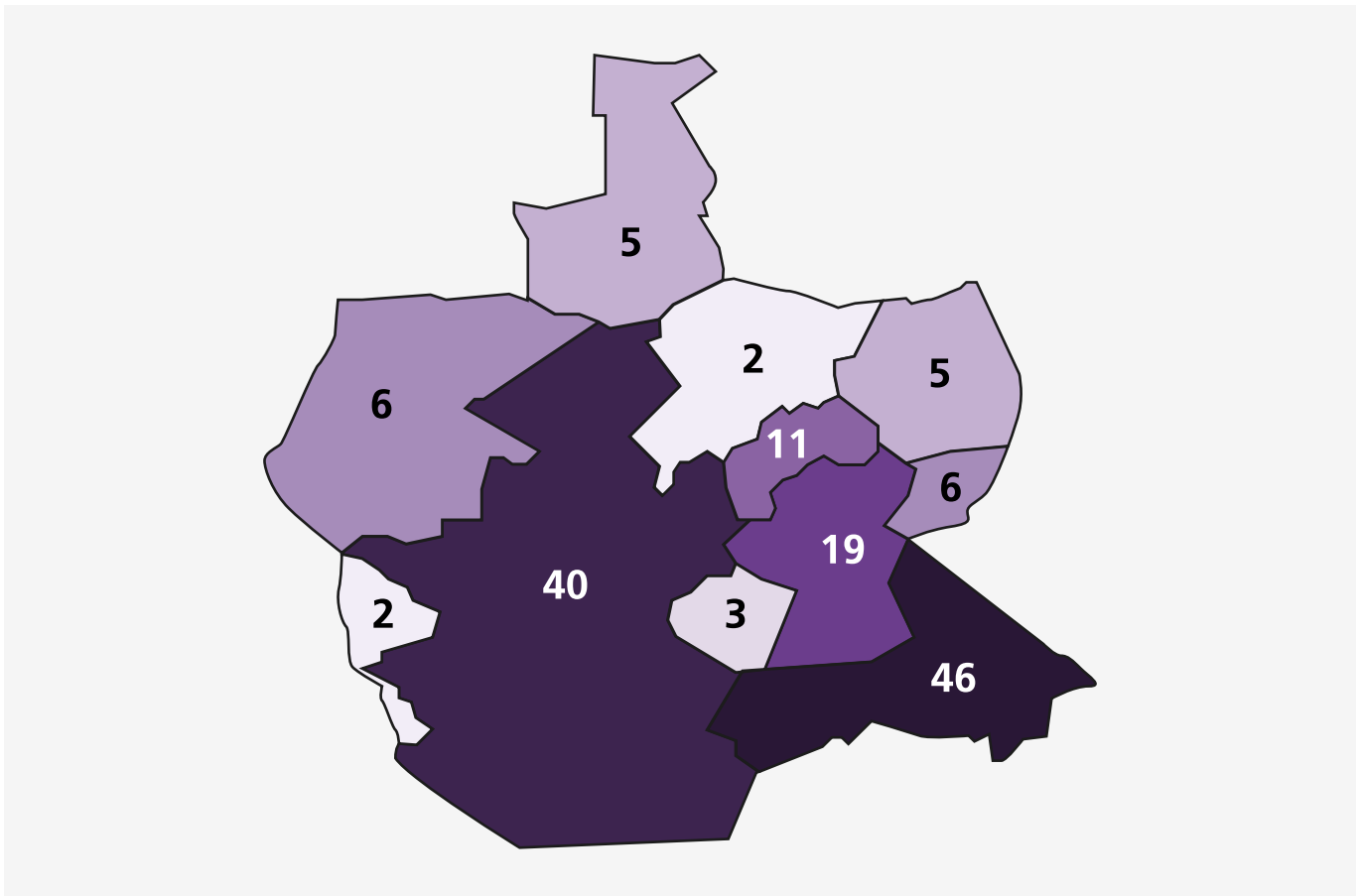
Tegel: Im Ortsteil Tegel stiegen die registrierten Propagandafälle stark an (2023: 27; 2022: 5). In der Nähe der Humboldt-Gymnasiums und des Gabriele-von-Bülow Gymnasiums wurden insgesamt 7 Propagandavorfälle dokumentiert. Im Umkreis wurden wiederholt extrem rechte Aufkleber angebracht. Hierunter befanden sich Aufkleber von „Der III. Weg“, „Patriotische Jugend“ und „aktiv.berlin“. In Tegel fanden viele Vorfälle in der Unterbringung von Geflüchteten auf dem ehemaligen Flughafengelände statt. Drei Angriffe, eine Bedrohung sowie 5 von 6 Fällen struktureller Diskriminierung im Ortsteil ereigneten sich dort.

Wittenau: Hier stieg die Fallzahl nur leicht (2023: 19; 2022: 16). Am Ende der Linie U8 wurden zwei rassistische und eine queerfeindliche Beleidigung/Bedrohung dokumentiert. Drei Vorfälle betrafen Debattenbeiträge in bzw. Äußerungen am Rande der Bezirksverordnetenversammlung durch AfD-Politiker. Die AfD platzierte zu Beginn 2023 ein flüchtlingsfeindliches Großplakat vor dem Ankunftszentrum auf dem Karl-Bonhoeffer-Gelände. In einem anderen Vorfall wurde dokumentiert, dass ein Sicherheitsmitarbeiter des Ankunftszentrum ein Symbol der extrem rechten Ülkücü-Bewegung, auch bekannt als „Graue Wölfe“, trug.

Waidmannslust: Es wurden 13 Vorfälle registriert (2022: 2). Der Anstieg ist auf Aufkleber vom „III. Weg“ und anderen Neonazis zurückzuführen. Diese wurden regelmäßig um den S-Bahnhof Waidmannslust verklebt, dann von engagierten Passant*innen entfernt und daraufhin wieder verklebt. Zusammen mit weiteren Schmierereien wurden 9 Vorfälle an diesem Bahnhof dokumentiert.

Markisches Viertel: In dem Ortsteil, in dem früher mit die meisten Vorfällen hatte, sank die Zahl weiter (2023: 6; 2022: 11). Viermal kam es zu verbalen Anfeindungen. Darunter war ein Fall in dem ein lesbisches Paar in einem Bus beleidigt und bedroht wurde. Auch vor dem „House of Queers“ im Wilhelmsruher Damm wurden Menschen queerfeindlich beleidigt.

Abbildung: Anzahl der Vorfälle nach Ortsteilen



Heiligensee: 2023 wurden im Gegensatz zum Vorjahr 6 Vorfälle registriert. In dem Ortsteil wurden Mitglieder der Falken mit „Sieg Heil“-Rufen angepöbelt, Hakenkreuze auf den Informationskasten einer Kirche geschmiert sowie neben einer Schule in den Schnee gemalt. Auch rassistische Flugblätter von „Der III. Weg“ wurden in Briefkästen verteilt.

Lübars: Es wurden mehr Vorfälle gemeldet (2023: 5; 2022: 1). Neonazis von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ verteilten Propaganda. Drei der Vorfälle im Ortsteil richteten sich gegen die neue Unterkunft für minderjährige Geflüchtete dort. In Lübars verteilten wie in Heiligensee Anhänger*innen des „III. Wegs“ antiziganistische Flugblätter mit dem Titel „Achtung Einbrecher“. Es wird deutlich, dass Neonazis auch in diesen ruhigen Stadtteilen mit Einfamilienhäusern und überdurchschnittlich hohen Einkommen aktiv sind.

Frohnau: Die Zahl der gemeldeten Vorfälle sank

(2023: 5; 2022: 10). An Schaukästen im Zentrum von Frohnau wurden Parolen gegen den Islam und die Grünen geschrieben. An einer Grundschule im Ortsteil wurde ein behindertenfeindlicher Vorfall dokumentiert. Ein Kind im Rollstuhl wurde von der ihm zustehenden Hortbetreuung ausgeschlossen.

Borsigwalde: Es wurden extrem rechte Aufkleber in der Ernststraße und der Holzhauser Straße gemeldet. Außerdem wurde eine strukturelle Benachteiligung durch das Jobcenter dokumentiert.

Hermsdorf: Es blieb bei 2 dokumentierten Vorfällen. Im Falkentaler Steig wurden extrem rechte Aufkleber einem Pfahl dokumentiert. Diese befanden sich direkt neben Stolpersteinen, die für jüdische Opfer des Nationalsozialismus (NS) verlegt wurden. Am S-Bahnhof Hermsdorf wurden ähnliche Schmierereien wie in Frohnau gemeldet.



Konradshöhe: Es wurden zwei Vorfälle dokumentiert. Um den Falkenplatz wurden mehrere extrem rechte Aufkleber angebracht. Des Weiteren kam es zu einer israelfeindlichen Sachbeschädigung.

Bezirksweit/Internet: Wie im Vorjahr wurden 15 Vorfälle als bezirksweit bzw. ihr Ortsteil unbekannt dokumentiert oder zum Schutz der Betroffenen anonymisiert. Hierunter fallen mehrere Fälle von rassistischer sowie queerfeindlicher Diskriminierung an Schulen im Bezirk. Darüber hinaus wurden 15 Internet-Vorfälle dokumentiert (2022: 3). Den Großteil machten Beiträge von „Die Heimat“ auf Facebook aus, die oft flüchtlingsfeindlich und antimuslimisch-rassistisch, aber auch transfeindlich oder NS-verherrlichend waren (10 Vorfälle).

Ausblick

Ein Blick auf die Vorfälle im ersten Quartal 2024 zeigt, dass sich der Trend zum Anstieg der Vorfälle in Reinickendorf weiter fortsetzt. Im März brannte eines der Schlafzelte für Geflüchtete auf dem Flughafengelände ab und lenkte die mediale Aufmerksamkeit kurz auf die Unterkunft. Bis Anfang April wurden bereits sechs Fälle struktureller Diskriminierung mit Bezug auf diese Einrichtung dokumentiert. Die andauernde menschenunwürdige Unterbringung dort wird das Register Reinickendorf auch in diesem Jahr weiter beschäftigen.

Die „correctiv“-Recherchen über die Vertreibungspläne extrem rechter Netzwerke lösen auch bei Reinickendorfer*innen mit Migrationsgeschichte Ängste aus, wie wir aus persönlichen Gesprächen wissen. Es ist tatsächlich zu befürchten, dass sich die steigende Zustimmung für rassistische Positionen in einer größeren Bedrohung von Minderheiten im Alltag ausdrücken wird. Zu beobachten sein wird außerdem, inwiefern sich extrem rechte Jugendgruppen im Bezirk etablieren und mit Neonazis von „Die Heimat“ und „Der III. Weg“ Kooperationen eingehen werden.

Chronik

Bedeutung der Symbole



Angriff



Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelei



Strukturelle Benachteiligung



Sachbeschädigung



Veranstaltung

Januar



5. Januar

Es wurde eine anti-Schwarze rassistische Diskriminierung in Reinickendorf dokumentiert. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

9. Januar

Am Schaukasten der evangelischen Waldkirche im Stolpmünder Weg in Heiligensee wurde eine Hakenkreuz-Schmiererei bemerkt.

11. Januar

Die AfD platzierte ein flüchtlingsfeindliches Großplakat auf dem Mittelstreifen der Oranienburger Straße. Auf dem Gelände befand sich auch eine temporäre Unterkunft für Flüchtlinge. Das Plakat zeigte die Spitzenkandidatin der Berliner AfD Kristin Brinker und den Slogan „Innere Sicherheit / Abschieben statt abschleppen. / Hart. Aber gerecht.“ Flüchtlinge und andere Migrant*innen wurden pauschal abgewertet, indem ihnen unterstellt wurde, sie würden Frauen belästigen und stellten eine Bedrohung dar. Dass die Berliner AfD ausgerechnet diesen Standort für dieses Motiv wählte, legt die Vermutung nahe, dass damit den vorbeifahrenden Autofahrer*innen signalisiert werden sollte, dass Geflüchtete hier nicht willkommen seien.

12. Januar

Die AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf verbreitete auf Telegram einen Post mit dem Titel „Die Zahl der Asylsuchenden steigt und steigt, Wie (sic!) müssen unser Sozialsystem schützen“. Die Zahl von Asylanträgen wurde in den Zusammenhang mit einer Bedrohung des Sozialsystems gestellt. Probleme auf dem Wohnungsmarkt, in den Schulen sowie Gewaltvorfälle an Sylvester in Berlin wurden als direkte Folge von Migration beschrieben. Geflüchtete wurden außerdem als „illegale Migranten“ bezeichnet, die durch Grenzsicherungen abgewehrt werden müssten. Der Text stellte Geflüchtete pauschal als Bedrohung dar und kann daher als rassistisch bewertet werden.

15. Januar

Es ereignete sich ein queerfeindlicher Vorfall. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

22. Januar

Es ereignete sich ein antisemitischer Vorfall in Reinickendorf. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

25. Januar

In einer Biomarkt-Filiale am Oranienpark in Waidmannslust lag eine Broschüre des christlich-fundamentalistischen Vereins „Mandelzweig“ aus. Die Broschüre „Wissenswertes zur Corona-Impfung – Bilanz nach zwei Jahren“ enthielt unter anderem Falschinformationen zu Covid-19 und Warnungen gegen öffentlich-rechtliche Medien. Bereits vorher wurden ähnliche Broschüren in den Filialen des Marktes gefunden. Der Leiter des Vereins fiel in der Vergangenheit durch antisemitische Verschwörungserzählungen, antimuslimischen Rassismus, Queerfeindlichkeit und NS-Verharmlosung auf.

27. Januar

In einer rechten Tegeler Chatgruppe wurde zur Teilnahme an einer Online-Veranstaltung von „Stop World Control“ aufgerufen. Dabei sollten „die dunklen Geheimnisse der UNO enthüllt“ werden. Auf der Website von „Stop World Control“ wurde ein verschwörungsgläubiges Weltbild gezeichnet, das u. a. queerfeindliche und antisemitische Inhalte beinhaltete. Eine „LGBTQ+ Agenda“ wolle Kinder



Wahlkampf

12. Februar

Im Wahlkampf zur Wiederholung der Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlung und das Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 wurden in Reinickendorf von mehreren Parteien Plakate mit rassistischen Inhalten aufgehängt. Sowohl Republikaner als auch die AfD stellten Migrant*innen mit Forderungen wie „Armutszuwanderung STOPP“ (Republikaner), „Null Toleranz für Asylbetrug“ (AfD) und „Weniger abschleppen. Mehr abschieben“ (AfD) ausschließlich als Bedrohung dar. Ein Plakat der Republikaner mit der Aufschrift „Unser Land für unsere Kinder - blau wählen“ zeigte weiße Kinder mit blonden Haaren beim Seilspringen. Diese Verbindung von Text und Bild lässt auf ein völkisches Verständnis von Nation schließen. Menschen, die anders aussehen, sind demnach in Deutschland unerwünscht und können nicht Teil der deutschen Gesellschaft sein. Die AfD positionierte sich außerdem mit einem Plakat mit der Aufschrift „Wir schießen den Gender*Stern zum Mond“ gegen eine geschlechtergerechte Sprache.

Die nationalistische und rechtspopulistische Partei Die Republikaner trat berlinweit nur in Reinickendorf an. Ihre Plakate hingen u. a. in Alt-Tegel und am Rathaus und trugen außerdem Slogans wie „Rentenraub stoppen“, „Fahrverbote für Motorräder verhindern!“, „Griechenland, Irland, Portugal und so weiter ... Unser Geld für die Welt? NEIN!“, „Abflug für „Steuergeldverschwender“ und „Bezahlbarer Wohnraum statt Luxustempel“.

Die AfD verteilte außerdem Flyer eines Kandidaten, auf denen u. a. eine Verschwörung der Eliten mit Tendenz zum Diktatorischen unterstellt wurde. Im Text hieß es: „Was uns heute als Toleranz, Diversität und Demokratie verkauft wird, ist das genaue Gegenteil: Es wird nur noch eine Einheitsmeinung zugelassen.“ „Eine Fortsetzung dieser Entwicklung“ führe „in einen totalitären Sozialismus“. Die offiziellen Kriminalitätsstatistiken seien manipuliert worden, um die verschlechterte Sicherheitslage zu verschleiern. Die aktuelle Migration nach Deutschland wurde als „unkontrolliert und chaotisch“ beschrieben und als Gefahr für „unsere Sicherheit, unsere Kultur und unseren Wohlstand“ bezeichnet. Es wurde unterstellt, nur diejenigen würden einwandern, die sich Schlepper leisten könnten. Dies seien jedoch nicht die „wirklichen Flüchtlinge“. Geflüchtete sollten grundsätzlich „in der Nähe ihrer Heimat“ versorgt werden. Insgesamt wurden Geflüchtete so pauschal als Bedrohung abgewertet. Zahlreiche Wahlplakate demokratischer Parteien wurden beschädigt und beschmiert. Unter anderem schrieben Unbekannte behinderten- und frauenfeindliche Beleidigungen auf Plakate der SPD.

„indoktrinieren“, die Gesellschaft „verkrüppeln“ und Kindesmissbrauch und Sex mit Tieren normalisieren. Den „Rothschilds“ wurde vorgeworfen, den weltweiten Einfluss des Christentums zu zerstören.



28. Januar

Am frühen Morgen wurden Gäste einer Bar im Ortsteil Reinickendorf aus einer Gruppe von etwa 10 bis 15 Personen heraus rassistisch beleidigt und anschließend geschlagen. Acht französische Staatsbürger*innen verließen gegen 0:30 Uhr eine Bar im Ritterlandweg an der Grenze zum Wedding und sprachen dabei auf Französisch. Das nahm die größere Gruppe, die sich vor der Bar befand, zum Anlass, sie zu beleidigen. Bei dem anschließenden Gerangel schlug einer der Täter einem 22-Jährigen mehrfach mit der Faust ins Gesicht. Auch dessen

gleichaltriger Begleiter sowie eine 35-jährige Frau wurden geschlagen. Die Täter konnten unerkannt flüchten. Die drei Leichtverletzten mussten vor Ort ambulant behandelt werden.

Februar



4. Februar

In der Gorkistraße in Alt-Tegel wurden Protestierende von Passant*innen rassistisch beleidigt. Etwa 200 Personen hatten sich ab 13 Uhr zu einer Kundgebung des „Reinickendorfer Bündnisses für Solidarität und gegen rechte Unterwanderung“ versammelt, um gegen die geplante Bundesgeschäftsstelle der AfD in Wittenau zu demonstrieren. Ein älterer Mann und eine ältere Frau beschimpften zunächst die Partei Die LINKE. Als einige Kundgebungs-Teil-

nehmende widersprachen, beleidigten die beiden diese Gruppe als „Kanacken“, die Autos anzünden würden und keine Schulbildung hätten. Sie behaupteten außerdem, „die Afrikaner kommen alle her“. Aufgrund von verbalem Gegenwind seitens der Demonstrierenden verließen die beiden Personen nach wenigen Minuten den Kundgebungsort.

 **4. Februar**

In Reinickendorf-Ost wurde ein Familienvater rassistisch beleidigt und angegriffen. Als der 32-Jährige in der Residenzstraße gegen 17 Uhr sein Kind in den Autositz setzte, näherte sich ein deutlich alkoholisiert 50-jähriger Radfahrer, rief dem Vater rassistische Worte zu und schlug ihm mit der Faust in die Rippen. Daraufhin verlor der Angreifer die Kontrolle über sein Rad und kollidierte mit einem geparkten Auto. Anschließend soll der Vater den Radfahrer bedroht haben. Der Angegriffene erlitt Schmerzen im Rippenbereich. Der Angreifer wurde vorübergehend in Polizeigewahrsam genommen.

6. Februar

Beim Hintereingang der Albrecht-Haushofer-Schule im Silberhammerweg in Heiligensee zeichneten Unbekannte ein Hakenkreuz und eine Odal-Rune in den Schnee.

7. Februar

An einer Bushaltestelle am Paracelsus-Bad in Reinickendorf-Ost wurde ein Aufkleber eines Neonaziversands bemerkt und überklebt, der sich gegen Rot-Grün und Antifaschismus richtete.

 **7. Februar**

Es wurde eine anti-asiatische rassistische Diskriminierung in Reinickendorf dokumentiert. Auf Wunsch der betroffenen Personen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

 **9. Februar**

Häftlinge der Justizvollzugsanstalt Tegel protestierten in einem Video gegen rassistische Diskriminierung und schlechte Haftbedingungen. Ein Häftling kritisierte, „ausländische Gefangene werden diskriminiert“ und erhielten keine Dolmetscher. Außerdem gebe es zahlreiche Regelverstöße. Es gebe keine Entlassungsvorbereitung, ärztliche Anordnungen würden von Beamten ignoriert und Beschlüsse von Gerichten nicht eingehalten. Es gebe außerdem eine „kollektive Bestrafung für Nichtigkeiten“. Unter an-

derem sei die Versorgung mit Lebensmitteln drastisch reduziert worden.

10. Februar

An einer Bushaltestelle in der Markstraße im Ortsteil Reinickendorf wurde ein gesprühtes Hakenkreuz bemerkt.

10. Februar

An einer Oberschule in Tegel wurden mehrere extrem rechte Sticker entdeckt und entfernt oder überklebt. Darunter waren mehrere Aufkleber von „Studenten stehen auf“. Ein Aufkleber mit der Aufschrift „Jugend raus aus dem Mainstream“ richtete sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten, die durch durchgestrichene Antifa- und Fridays-for-Future-Logos, eine LGBTIQ*-Flagge und Drogen symbolisiert wurden. In der Gruppe „Studenten stehen auf“ agieren extrem rechte Personen. In ihren Texten werden Nationalsozialismus und Shoa relativiert.

28. Februar

Die NPD Reinickendorf postete im Februar zahlreiche Beiträge auf Facebook. Neben wahlbezogenen Beiträgen hatten viele Beiträge rassistische Inhalte. Sie richteten sich insbesondere gegen Geflüchtete und als muslimisch markierte Menschen. Ein Slogan lautete z. B. „Die Partei ohne Kopftuch; Islamisierung stoppen“. Zwei Posts richteten sich gegen die Einrichtung einer Unterkunft für Geflüchtete am Paracelsus-Bad. Weitere Posts bezogen sich u. a. auf den Ukrainekrieg, den Ostseebrunnen vorm Reinickendorfer Rathaus, Klimaaktivismus und eine extrem rechte Gedenkdemo in Dresden.

März **14. März**

Es wurde eine anti-Schwarze rassistische Diskriminierung in Reinickendorf dokumentiert. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

19. März

Am U-Bahnhof Otisstraße an der Grenze von Tegel und Reinickendorf wurden mehrere Hakenkreuze bemerkt, die teilweise bereits übermalt worden waren. Dort und an mehreren Garagen zwischen Zobeltitzstraße und Autobahn hatten Unbekannte außerdem rassistische Begriffe gegen Schwarze geschmiert. An dem zweiten Standort hatten sie außerdem ein weiteres rassistisches Graffiti angebracht. Neben eine



muskulöse Figur mit Teufelskopf hatten sie die Aufforderung „Affen raus!“ geschrieben. Es wurde Anzeige erstattet.

27. März

In der Mittelbruchzeile im Ortsteil Reinickendorf wurde ein Reichsbürger-Aufkleber gesehen und entfernt. Der Sticker von staatenlos.info zeigte nationalistische, NS-verharmlosende und kriegsverherrlichende Symbolik.

31. März

Die NPD Reinickendorf postete im März auf Facebook mehrere Beiträge mit rassistischen und extrem rechten Inhalten.



April

7. April

Die NPD Reinickendorf warb auf Facebook für einen „Osterstammtisch“ am selben Tag.

13. April

In der Provinzstraße in Reinickendorf-Ost wurde vor einem Supermarkt ein Neonazi-Aufkleber bemerkt und entfernt. Darauf wurde die Aufschrift „Deutsch“ mit Bildern verknüpft, die die Ästhetik des Nationalsozialismus aufgriffen.

16. April

In der Buslinie 125 wurde in Reinickendorf-Ost ein Aufkleber der Gruppe „Studenten stehen auf“ bemerkt.

30. April

Im April gab es in Reinickendorf eine rassistische Bedrohung. Genauer Ort und Datum sind unbekannt.

30. April

Die NPD Reinickendorf postete im April auf Facebook einen Beitrag, der „Zuwanderer“ pauschal für

Angriffe auf Rettungskräfte verantwortlich machte. Weitere Beiträge berichteten über einen Ortsgruppen-Ausflug nach Bayern.

Mai

2. Mai

In einem Gemeinschaftsgarten in der Treuenbrietzer Straße im Märkischen Viertel kam es wiederholt zu behindertenfeindlichen Aussagen. Ein Mitarbeiter untersagte Gartenbesucher*innen im Rollstuhl das Nutzen bestimmter Wege, da sie „seinen Rasen zerstören würden“. Er forderte sie dazu auf, den Garten über Umwege zu betreten, um zu den barrierearmen Hochbeeten zu gelangen. Außerdem wurden manche Gärtner*innen durch den Mitarbeiter mit rassistischen Begriffen wie „Ölauge“ bezeichnet.

3. Mai

An einem Einkaufswagen eines Supermarkts in der Roedernallee in Reinickendorf-Ost wurde ein Aufkleber bemerkt und entfernt, der für den extrem rechten Kleidungsversand „Division Odin“ warb. Ähnliche Aufkleber wurden an derselben Stelle mehrfach zuvor beobachtet.

i Division Odin

Division Odin wurde 2019 in Steglitz-Zehlendorf gegründet und vertreibt online Kleidung. Mit Slogans wie „Deutschland zuerst“, „Widerstand“ oder „Festung Europa“ wendet sich die Marke an eine militante extrem rechte Kundschaft. Die Slogans auf Aufklebern und Kleidungsstücken sind in Frakturschrift gedruckt.

8. Mai

In der Markstraße in Reinickendorf-Ost wurde eine Ladenbesitzerin gegen 9.15 Uhr rassistisch beleidigt und massiv bedroht. Der Täter trat gegen die Auslagen vor dem Laden und versuchte dann hineinzugehen. Die Betroffene hatte die Tür verschlossen. Der Täter beleidigte sie rassistisch und zeigte den Hitlergruß. Anschließend bedrohte er einen Zeugen mit einem Messer.

8. Mai

Bei einer Anwohner*innenversammlung in Reini-

ckendorf-West fielen rassistische Äußerungen. Hintergrund waren Nutzungskonflikte um die Klixarena, einem Spiel- und Bolzplatz an der Zobelitzstraße, die seit Wochen antiziganistisch und antimuslimisch aufgeladen wurden. Nachbar*innen hatten sich zuvor mehrfach beim Ordnungsamt beschwert. Themen waren die Vermüllung des Platzes und Lärm durch Jugendliche, die sich abends dort trafen. Die Versammlung wurde von Senatsverwaltung und Ordnungsamt zusammen mit Streetworkern durchgeführt. Dabei machten verschiedene Nachbar*innen einen Gegensatz zwischen vermeintlich deutschen und nicht-deutschen Nachbar*innen auf. Nichtweiße und Muslim*innen wurden zu Nicht-Deutschen erklärt. Ihren Kindern wurde pauschal zugeschrieben, dreist und unerzogen zu sein und Lärm und Dreck zu verursachen. Unter anderem fielen Äußerungen wie: „Ihr kommt hierher und versaut hier den Kiez“ oder „Wir erziehen unsere Kinder ja auch, ihr nicht“. Eine Person behauptete: „Man kann mit eigenen Kindern nicht mehr kommen. Das ist jetzt ein Spielplatz für Ausländer.“

8. Mai

Anhänger*innen der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ fotografierten ihre Werbeflyer vor den Ortsschildern von Lübars und dem angrenzenden Waidmannslust. Sie behaupteten, in den Ortsteilen auch Flyer verteilt zu haben. In einem der Flyer machten sie Osteuropäer*innen pauschal für Einbruchskriminalität verantwortlich und warfen den Behörden vor, die Kriminalitätsstatistik nach unten zu manipulieren.



10. Mai

Ein Bezirksverordneter der AfD-Fraktion Reinickendorf rief einem anderen Bezirksverordneten vor dem BVV-Saal im Vorbeigehen in spöttischem Tonfall die Schimpfworte „Kurwa, kurwa“ zu. Als der Betroffene das AfD-Mitglied vor dem Rathaus Reinickendorf damit konfrontierte, dass die Äußerung rassistisch gewesen sei, rechtfertigte dieses die Äußerungen. Mitglieder anderer Fraktionen äußerten sich gegenüber dem Betroffenen fassungslos. Zuvor war in der Bezirksverordnetenversammlung über mehrsprachige Kitas diskutiert worden. Dabei hatte sich der Betroffene als polnisch-sprachig positioniert und für Mehrsprachigkeit geworben. Die Beschimpfung in polnischer Sprache kann vor diesem Hintergrund als Abwertung von Menschen mit Migrationsgeschichte verstanden werden.

10. Mai

An einem ungenutzten Schaukasten an der Bus-

haltestelle Veitstraße in Tegel wurden Aufkleber der „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der AfD, bemerkt und entfernt. Sie richteten sich gegen Gender Studies, vegane Ernährung und Safe Spaces an Universitäten, also Schutzräume für Personen, die von Diskriminierung betroffen sind. Seit Jahren werden Gender Studies von antifeministischen Akteur*innen als unwissenschaftlich diffamiert.

13. Mai

In einem Supermarkt in der Berliner Straße in Alt-Tegel wurden Flyer der Neonazi-Kleinstpartei „Der III. Weg“ bemerkt und entfernt. Unbekannte hatten sie auf die Ablagen hinter den Kassen gelegt.



17. Mai

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) wurden an einer Oberschule im Ortsteil Reinickendorf Regenbogenfahnen gehisst. Mehrere Schüler*innen beschädigten die Flaggen und äußerten sich queerfeindlich. Sie wurden vorübergehend suspendiert.

19. Mai

An den Aufzugtüren am S-Bahnhof Frohnau wurden rassistische Aufkleber bemerkt und entfernt. Muslim*innen wurden darauf als Terrorist*innen dargestellt. Durch den Stil eines Verbotsschilds und den Schriftzug „Wir müssen draußen bleiben“ wurden Muslim*innen außerdem mit Hunden gleichgesetzt.



22. Mai

Eine Schwarze Schülerin erlebte an einem Reinickendorfer Gymnasium innerhalb einer Woche drei rassistische Vorfälle durch Mitschüler*innen. In der Cafeteria standen zwei ältere Schüler*innen hinter ihr und beleidigten sie mit den Worten „Hier riechts nach Schwarz“ und mit Affengeräuschen. Auf dem Hof rief ihr ein deutlich älterer Schüler das N-Wort hinterher. Auch in ihrer Klasse wurde sie mit dem N-Wort konfrontiert, als Mitschüler*innen dies im Rahmen von Kleingruppenarbeit vorlasen. Aufgrund dieser Vorfälle kam die Schülerin zunächst nicht mehr zum Unterricht.

23. Mai

An einem Schaukasten an der Ecke von Berliner Straße und Holzhauser Straße in Tegel wurden erneut antifeministische Aufkleber der Jungen Alternative bemerkt (wie 10. Mai).

24. Mai



Im Peter-Witte-Park in Wittenau wurde ein Aufkleber der Gruppe „Patriotische Jugend“ mit der Aufschrift „Umweltschutz ist Heimatschutz“ entdeckt und entfernt. Das Thema Umweltschutz wird durch die extreme Rechte mit völkischen Ideologien in Verbindung gebracht.

25. Mai

Vor einem Supermarkt in der Roedernallee in Wittenau wurde am Unterstand für Einkaufswagen ein extrem rechter Aufkleber bemerkt und entfernt. Neben dem Schriftzug „Grüne stoppen“ und „Heimat schützen“ war ein weißer Mann mit schwarz-rot-goldener Sturmhaube zu sehen. Seine erhobenen Fäuste signalisierten, dass er zum Kampf bereit war. Die Botschaft, die Partei Bündnis 90 / Die Grünen würde die deutsche „Heimat“ bedrohen, nimmt indirekt Bezug auf Verschwörungsmythen wie den „Großen Austausch“. Demnach führt eine liberale Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik dazu, dass die weiße europäische Bevölkerung ausstirbt.

!! 26. Mai

Auf einem Zeltplatz in Heiligensee fand das Pfingstcamp der „Sozialistischen Jugend - Die Falken“ statt. Vor dem Platz parkte ein Auto mit mehreren Personen. Eine davon rief laut „Sieg“, eine andere antwortete mit „Heil!“. Dabei handelt es sich um eine verbotene nationalsozialistische Parole.

!! 28. Mai

Am Abend nach dem Wahlsieg von Erdogan bei den Präsidentschaftswahlen in der Türkei führen Anhänger*innen der extrem rechten „Grauen Wölfe“ gegen 21 Uhr mehrfach in Autokorsos vor einem kurdischen Zentrum in Reinickendorf-Ost vorbei und pöbelten die Anwesenden an. Sie zeigten dabei die Fahnen der mit ihnen verbundenen Partei MHP, zeigten den Wolfsgruß und riefen Beleidigungen.

i Graue Wölfe

„Graue Wölfe“ bezeichnet die extrem rechte türkische „Ülkücü-Bewegung“. Sie stehen der nationalistischen und extrem rechten Partei MHP nahe. Sie sind die größte extrem rechte Gruppierung in Deutschland und in verschiedenen Kulturvereinen organisiert. Sie vertreten antisemitische, frauen- und queerfeindliche Inhalte und Hass gegen Kurd*innen, Armenier*innen, Griech*innen und Alevit*innen. Im Sinne des Panturanismus fordern sie eine Türkei, die bis in die Mongolei reicht. Die Grauen Wölfe ermordeten seit den 1970ern Hunderte politische Gegner*innen in der Türkei und verübten auch Mordanschläge in Berlin. Zeichen der Grauen Wölfe sind drei Halbmonde, ein heulender Wolf im Halbmond, ein roter Apfel, der Wolfsgruß sowie das Wort Türk in Runenschrift („ᚠᚢᚱᚦ“).

!! 31. Mai

Zwei Jugendliche, die gegen 15 Uhr auf einem E-Roller am „House of Queers“ im Wilhelmsruher Damm im Märkischen Viertel vorbeifuhren, riefen davorstehenden Person „LGBT ist scheiße!“ zu.

31. Mai

Die NPD Reinickendorf postete im Mai mehrere Beiträge auf Facebook. Anlässlich des Flüchtlingsgipfels mit Bundeskanzler und Länderregierungen wurde ein rassistischer Beitrag veröffentlicht, der sich gegen geflüchtete und muslimische Menschen richtete. Neben dem Text „Hereinspaziert, die Tür ist zu“ waren in dem Post Frauen mit Kopftuch abgebildet. Dadurch wurden Kopftuchtragende Frauen als nicht zu Deutschland zugehörig dargestellt und ihr Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft gefordert. In dem Beschreibungstext wurden Geflüchtete mit Mäusen verglichen, die in „Scharen“ ankommen würden. Weitere Beiträge waren rassistisch, NS-verherrlichend und queerfeindlich.



Juni

3. Juni

Von der Ollenhauerstraße in Reinickendorf-West startete ab 13 Uhr eine Demonstration der Gruppe „Autokorso Berlin“ mit etwa 20 Teilnehmenden in Autos und auf Fahrrädern. Die Route ging über den Alexanderplatz zum Frauengefängnis in Lichtenberg. Anlass war der Protest gegen die frühere Inhaftierung einer Mitstreiterin wegen Verstößen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Im Telegram-Kanal der Gruppe werden regelmäßig Verschwörungsmysen sowie rassistische und antisemitische Inhalte geteilt. Auf der Demonstration wurde zudem Werbung für „Unternehmeraufstand MV“ gemacht. Diese Gruppierung teilt auf Telegram antisemitische Posts und positive Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus.

3. Juni

Auf einem Verkehrsschild an der Kreuzung Bolle- und Gorkistraße in Tegel wurde ein Aufkleber für das extrem rechte Propagandaprojekt „GegenUni“ entdeckt und entfernt. Die „GegenUni“ ist ein Online-Projekt der Neuen Rechten, die dort ihre Ideologien in Form theoretischer Vorträge präsentiert.

13. Juni

Um die Kreuzung von Roedernallee und Am Nordgraben in Wittenau wurden mehrere Aufkleber der extrem rechten Gruppe „Patriotische Jugend“ entdeckt und entfernt (wie 24. Mai). Ein weiterer Aufkleber warf der Partei Bündnis 90 / Die Grünen „Volksverrat“ vor. Das Design des Aufkleber war an antifaschistische Aufkleber angelehnt, die zeigen, wie ein Hakenkreuz in einen Mülleimer geworfen wird. Anstelle des Hakenkreuzes war das Sonnenblumen-Symbol der Partei zu sehen.

Patriotische Jugend / aktiv.berlin

Die Aufkleber tragen häufig die Aufschriften „Remigration“ und „Umweltschutz ist Heimatschutz“. „Patriotische Jugend“ und „aktiv.berlin“ sind Teil eines Netzwerks von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die online aufeinander verweisen. Abgesehen von der Verbreitung von Aufklebern, inszenierten sie sich als Kampfsportler, sprühten Graffiti und filmten sich mit Bengalos und einem Banner auf einer Autobahnbrücke.

14. Juni

In der Emmentaler Straße im Ortsteil Reinickendorf wurde ein älterer Aufkleber der NPD mit der Aufschrift „Kindergärten statt Asylantenheime“ gesehen und überklebt.

20. Juni

Während der Mottotage an einer Reinickendorfer Oberschule äußerten sich Lehrkräfte aggressiv und abwertend gegenüber der Kleiderwahl von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte. Unter anderem fielen Äußerungen wie „Sowas sollte es in Deutschland nicht geben.“

21. Juni

An einer Bushaltestelle in der Ollenhauer Straße Nähe Kurt-Schuhmacher-Platz im Ortsteil Reinickendorf wurde ein Aufkleber bemerkt und überklebt, der Werbung für den Versand „Division Odin“ machte.

21. Juni

Mitarbeiter*innen eines Reinickendorfer Kinder- und Jugendzentrums berichteten, dass einige Besucher*innen andere aus der Ukraine beschimpften.

21. Juni

Queere Schüler*innen einer Reinickendorfer Oberschule berichteten, dass sie regelmäßig von Mitschüler*innen beschimpft und ausgegrenzt wurden. Schüler*innen, die sich als homo- bzw. bisexuell geoutet hatten sowie non-binäre Schüler*innen wurden als schwul und transfeindlich beschimpft. Teilweise waren sie seit Jahren davon betroffen. In einer Situation wurde eine Schülerin, die sich als bi geoutet hatte, beschämt, indem eine andere Schülerin gegen sie geschubst wurde. In einem anderen Fall weigerte sich ein Schüler aus schwulenfeindlicher Motivation mit einem Sitznachbarn zu sprechen. Queere Jugendliche wurden zudem regelmäßig unter Druck gesetzt, über ihre Sexualität und Geschlechtsidentität Auskunft zu geben. Von schwulenfeindlichen Beleidigungen waren zudem weitere Schüler betroffen, wenn sie sich etwa berührten.

21. Juni

Mitarbeiter*innen eines Reinickendorfer Kinder- und Jugendzentrums berichteten, dass sich die Besucher*innen regelmäßig als „behindert“ beschimpften.

26. Juni

Schaukästen der SPD in den Straßen Alt-Heiligensee



und Bekassinenweg in Heiligensee wurden mehrfach mit rassistischen und queerfeindlichen Aufklebern beklebt. Nachdem die Sticker entfernt wurden, wurden in der folgenden Nacht neue Aufkleber angebracht. Die Aufkleber richteten sich auch gegen grüne Politik und die Kirche. Sie waren von verschiedenen extrem rechten Online-Plattformen wie „wikingerversand“, „refugeesnotwelcome“, „druck18“ und der Neonazikleinstpartei „Der III. Weg“.

27. Juni

Am Nordgraben vor dem Humboldt-Klinikum in Wittenau wurden extrem rechte Aufkleber entdeckt und entfernt bzw. überklebt. Auf einem Aufkleber war eine Person mit einer Sturmmaske in den Farben der Reichsflagge (schwarz-weiß-rot) abgebildet. Darunter war der Slogan „Heimat verteidigen“ zu lesen. Weitere Aufkleber waren von „Laserlurch“, einem Karikaturisten der Querdenken-Bewegung, der auch für die Freedom-Parade tätig war.

!! 30. Juni

Im Juni gab es in Reinickendorf eine rassistische Bedrohung. Genauer Ort und Datum sind unbekannt.

30. Juni

„Die Heimat“ Reinickendorf (ehemals NPD) veröffentlichte im Juni Beiträge auf Facebook, die sich mit Staatsverschuldung, dem Parteitag und der Umbenennung der Partei beschäftigten. Außerdem wurde ein Video von einer Auseinandersetzung auf der Straße im Märkischen Viertel geteilt und mit dem Kommentar „Sowas gab es früher in unserem Märkischen Viertel nicht.“ Dadurch wurde unterstellt, Migrant*innen seien für Gewalt verantwortlich.

★ 30. Juni

In Reinickendorf kam es zu einem antiziganistischen Angriff. Zum Schutz der Betroffenen wurde der Vorfall sowie das Vorfalldatum anonymisiert.



Juli

1. Juli

In der Hatzfeldtallee und im Tile-Brügge-Weg in Tegel wurden mehrere extrem rechte Aufkleber bemerkt und entfernt. Auf drei Aufklebern mit einer abgeänderten Regenbogenfahne in schwarz-rot-gelb stand „#Stolzmonat“. Weitere Sticker waren von der „Patriotischen Jugend“. Die Aufkleber befanden sich im Tile-Brügge-Weg Ecke Marzahnstraße, an verschiedenen Stellen in der Hatzfeldtallee und neben der Eingangstür einer Oberschule.

i Stolzmonat

Unter dem Hashtag wendete sich die extreme Rechte gegen den Pride-Monat der queeren Bewegung, der jährlich im Juni stattfindet. Diese Kampagne wurde von Mitgliedern der AfD und extrem rechten Akteur*innen getragen. Mit Slogans wie „schwarz-rot-gold ist bunt genug“ und einer abgeänderten Regenbogenfahne in Deutschlandfarben wird sich gegen den Regenbogen als Symbol für Vielfalt und Gleichberechtigung gewandt. Zugleich wurde damit versucht, die Farben der deutschen Nationalflagge positiv zu besetzen und Nationalismus salonfähig zu machen.

1. Juli

An der Kreuzung Holzhauser Straße und Am Nordgraben in Borsigwalde wurden ein „#Stolzmonat“-Aufkleber (wie 1. Juli) und ein „Heimat verteidigen“-Aufkleber (27. Juni) entfernt.

2. Juli

In der S-Bahnstation Wittenau wurde an der Rolltreppe ein „#Stolzmonat“-Aufkleber gesehen.

7. Juli

Am Mauerradweg in der Nähe der Lengeder Straße im Ortsteil Reinickendorf wurde der „Umweltschutz ist Heimatschutz“-Aufkleber der „Patriotischen Jugend“ gesehen und überklebt.



12. Juli

Ein Schüler einer Oberschule in Reinickendorf wechselte zum Schuljahresende die Schule, weil er über Jahre hinweg rassistische Diskriminierung erlebte.

Unter anderem fassten ihm Lehrkräfte ungefragt in die Haare. Anlässlich von politischen Ereignissen äußerten Lehrkräfte Sätze wie „Euer Volk hat dieses oder jenes getan“. Sie zwangen Schüler*innen dadurch dazu, sich für das Verhalten von Ländern zu rechtfertigen, aus denen sie vermeintlich stammten. Der Schüler hatte auch den Eindruck, schlechter bewertet zu werden.

12. Juli

In der Schlitzer Straße in Wittenau wurde ein Aufkleber des extrem rechten Verein „Ein Prozent“ gesehen und entfernt. Das Foto einer Frau mit langen leuchtenden blonden Locken wurde dem Bild einer Frau mit Niqab gegenübergestellt. Darauf stand: „Deutschland ist bunt genug!“ Vielfalt und speziell der Islam wurden so als Bedrohung dargestellt. Unter dem ersten Aufkleber war noch ein beschädigter „Umweltschutz ist Heimatschutz“-Sticker sichtbar.

!! 12. Juli

Im Rollbergeviertel in Waidmannslust äußerten sich einzelne Bewohner*innen rassistisch. Mehrfach wurde behauptet, dass „die Ausländer“ Müll auf die Straße werfen würden. Als migrantisch wahrgenommenen Menschen wurde somit pauschal unterstellt weniger sauber zu sein.

14. Juli

An einem leeren Schaukasten vor einem Supermarkt in der Bernauer Straße in Tegel-Süd wurden Aufkleber der „Jungen Alternative“, bemerkt und entfernt (wie 10. Mai).

!! 19. Juli

In einer Wohnstraße an der Grenze von Reinickendorf zu Wedding beleidigte ein etwa 60-jähriger Mann mit Kampfhund eine Frau mit Kopftuch rassistisch. Die Frau stand mit ihren Kindern vor ihrem Hauseingang und wollte gerade hineingehen. Im Vorbeigehen im Abstand von etwa 20 Metern rief der Mann ihr Dinge zu wie: „Muss man sich jetzt schon von Kopftüchern beleidigen lassen“ und „Geh dahin zurück wo du herkommst, ich bin hier geboren“. Die Familie ging daraufhin ins Haus. Der Mann ist regelmäßig mit seinem Hund in der Straße unterwegs, was in der Nachbarschaft ein dauerhaftes Gefühl der Einschüchterung hinterlässt.

20. Juli

An einem Schaukasten an der Ecke von Berliner Straße und Holzhauser Straße in Tegel wurde wieder der erwähnte Aufkleber der „Jungen Alternative“

bemerkt (wie 10. Mai). Zuvor waren Aufkleber der Organisation entfernt worden.

!! 23. Juli

In der Bezirksverordnetenversammlung wurde ein Antrag auf Umbenennung der Waldenseestraße aufgrund der Rolle von Alfred Graf von Waldensee im deutschen Kolonialismus und seinen antisemitischen Äußerungen diskutiert. Der AfD-Abgeordneter kritisierte die Neubewertung von historischen Personen aus heutiger Sicht und sagte es käme ihm „offen gestanden ein wenig wie Leichenschändung vor“. Er verurteilte die Bewegung, die er als „Cancel Culture“ bezeichnete, und verglich die Bemühungen nach Straßenumbenennungen mit der chinesischen Kulturrevolution. Des Weiteren sagte er: „Wer die Erinnerung eines Volkes auslöscht, will seine Identität zerstören“. Straßennamen sind als Ehrung für die Verstorbenen zu verstehen, nach denen die Straßen benannt wurden. Die Forderung nach der Umbenennung von Straßen wird in der Regel dort erhoben, wo die Namensgeber mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Verbindung gebracht werden. Der Widerspruch zur Umbenennung kann als Ablehnung der Anerkennung der Verbrechen des Deutschen Kolonialismus interpretiert werden.

24. Juli

Am Stadion Borsigpark in Tegel wurde eine rassistische Schmiererei an einem Häuschen bemerkt. Sie enthielt ein Schimpfwort, das sich gegen Schwarze richtet.

26. Juli

Am Ausgang des S-Bahnhofs Tegel und in der Illerzeile wurden weitere Aufkleber mit der Aufschrift „#Stolzmonat“ bemerkt und entfernt. In der Nähe wurde außerdem ein Neonazi-Aufkleber mit dem Slogan „Deutsche Jugend voran“ entfernt. Der Slogan wird vom „III. Weg“ benutzt.

28. Juli

Am Mauerweg Nähe Interessentenweg in Reinickendorf-Ost wurde ein Heimatschutz-Aufkleber der „Patriotischen Jugend“ entfernt.

28. Juli

Auf dem Fußweg zwischen dem Dannenwalder Weg und der Heinz-Brandt-Straße im Märkischen Viertel wurde ein Aufkleber des extrem rechten Musikprojekts NDS (Neuer Deutscher Standard) gesehen und entfernt. Auf dem Sticker stand „Keiner hat den Kampfgeist von Opa“. Der Slogan bezieht sich im-



plizit auf die Rolle deutscher Großväter als Soldaten während des Zweiten Weltkriegs und stellt somit eine Verherrlichung des Nationalsozialismus dar.

28. Juli

In der Von-der-Gablentz-Straße in Reinickendorf-West wurde extrem rechte Propaganda gemeldet und entfernt. An Laternenpfählen waren zwei Aufkleber der „Jungen Alternative“ mit dem Slogan „Schwarz rot gold ist bunt genug!“ Der Slogan kann als queerfeindlich und rassistisch verstanden werden. Er stand im Kontext der Stolzmonat-Kampagne. Außerdem gab es einen Aufkleber mit verschwörungsideologischem Inhalt in Bezug auf Corona.

30. Juli

Auf der Lübarser Höhe in Lübars wurden auf mehreren Parkbänken Aufkleber von „Die Heimat“ gesehen, auf denen „Es ist auch deine Heimat! Reinickendorf“ stand.



31. Juli

Im Juli gab es in Reinickendorf eine rassistische Bedrohung. Der genaue Ort und das Datum sind unbekannt.

31. Juli

Im Juli veröffentlichte „Die Heimat“ Reinickendorf mehrere Beiträge in auf Facebook, darunter einen antimuslimisch-rassistischen Beitrag, der sich gegen das Schächten richtete. In einem anderen Beitrag wurden Gebietsansprüche auf die östlich der Grenzen der Bundesrepublik liegenden Teile Polens formuliert, indem diese als „Ostdeutschland“ bezeichnet wurden. Einzelne Beiträge beschäftigten sich auch mit lokalpolitischen Themen wie beispielsweise der Verschmutzung des Schäfersees.



August

6. August

Am S-Bhf Waidmannslust im Ortsteil Waidmannslust wurde ein Aufkleber von „thekenalarm“ bemerkt. Unter dem Schlagwort „Mutbürgerwehr“ wurden von „thekenalarm“ online rassistische Inhalte geteilt.

8. August

Am Schäfersee in Reinickendorf-Ost wurden Aufkleber des extrem rechten Senders „AUF1 TV“ mit der Aufschrift „Und die SCHWURBLER hatten doch recht...“ entdeckt und entfernt.

AUF1

„AUF1“ ist ein extrem rechtes österreichisches Medium, das versucht trotz fehlender Sendelizenz, TV-Inhalte zu verbreiten. Von September bis November 2023 wurde das Programm auch in Deutschland ausgestrahlt, bis es von der Landesmedienanstalt Baden-Württemberg untersagt wurde. AUF1 verbreitete Verschwörungsmymen in Bezug auf die Coronapandemie, sowie rassistische und queerfeindliche Verschwörungsmymen wie die Erzählung vom Großen Austausch und von einer Elite, die eine Trans-Ideologie durchsetzen wolle. Die meisten Aufkleber trugen die Aufschrift „Und die SCHWURBLER hatten doch recht...“

14. August

In der Nähe des Flughafensees in Tegel wurden vier Hakenkreuzschmierereien bemerkt.

15. August

Unter einem Beitrag auf X (ehemals Twitter) wurden rassistische Kommentare gepostet. Die B.Z. veröffentlichte nach einem Überfall in Reinickendorf einen Fahndungsaufwurf der Polizei mit Fotos einer Überwachungskamera und rief zur Mithilfe bei der Identifizierung des Täters auf. In den Kommentaren wurde der Täter aufgrund seines Aussehens als Muslim und Geflüchteter kategorisiert und rassistisch beleidigt. Viele Kommentator*innen sprachen sich gegen Migration und die Aufnahme von Geflüchteten aus. Beispielsweise kommentierten User*innen: „abschieben.“, „# remigration“, „Wer kennt diesen nicht Deutsch aussehenden Verbrecher aus den neuen Weltweiten Bundesländern???“ und „Ja und das zeigt auch mal wieder diese bunte Gesellschaft nur eins bedeutet“. Durch die Äußerungen wurden nicht-weiße und muslimische Menschen als zu Deutschland nicht-zugehörig und Migration als Ursache von Kriminalität dargestellt. Ein Kommentar enthielt außerdem das Laden eines Gewehrs als GIF,

was als Forderung zur Tötung des Gesuchten verstanden werden kann. Eine Moderation dieser rassistischen Kommentare gab es nicht.

16. August

Im Falkentaler Steig in Hermsdorf wurden an einem Pfahl mehrere alte extrem rechte Aufkleber gesehen, darunter einer der Neonazipartei „Die Rechte“ mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen: Ausländer raus!“ Weitere richteten sich auch gegen Corona-Maßnahmen. Die Aufkleber waren bereits abgekratzt oder überklebt, aber teilweise noch sichtbar. Sie befanden sich direkt neben Stolpersteinen, die für jüdische Opfer des Nationalsozialismus verlegt wurden. Dort befindet sich auch ein Haus, welches zur Zeit des Nationalsozialismus als Synagoge diente. Die Aufkleber können in diesem Kontext als antisemitisch verstanden werden.

19. August

Im S-Bahnhof Schönholz in Reinickendorf-Ost wurde der erwähnte „Umweltschutz ist Heimatschutz“-Aufkleber bemerkt und entfernt (wie 24. Mai).

20. August

In der Campestraße in Tegel wurde auf einem Müll-eimer ein gesprühtes Hakenkreuz bemerkt.

21. August

In der Straße Am Nordgraben in Wittenau wurde auf Höhe der Rathauspromenade an einem Müll-eimer ein blauer Aufkleber von „@aktiv.berlin“ mit dem Hashtag „#Remigration“ bemerkt und entfernt. Mindestens seit dem Jahr 2016 verwendet die Neue Rechte „Remigration“ als Kampfbegriff in politischen Kampagnen, in denen sie die Vertreibung eines Teils der deutschen Bevölkerung anhand rassistischer Kriterien fordert. Insbesondere die Identitäre Bewegung und ihre Vertreter*innen instrumentalisieren den Begriff und fördern seine Verbreitung.

21. August

An einem Informationskasten der CDU am Ludolfingerplatz in Frohnau wurden Aufkleber des Neonazi-Versands Druck 18 bemerkt, die sich gegen Migrant*innen und Grüne richteten.



26. August

Es wurde eine rassistische Diskriminierung an einer Reinickendorfer Schule dokumentiert. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

26. August

Mitglieder einer Facebook-Gruppe mit Bezug zum Dorf Lübars veröffentlichten flüchtlingsfeindliche Beiträge, als sie davon erfuhren, dass in ihrer Nähe eine Unterkunft für Geflüchtete eröffnet werden sollte. Sie assoziierten Geflüchtete mit dem Niedergang des Dorfes und betrachteten sie als Gefahr für Frauen und Mädchen. Eine Person schrieb beispielsweise: „Ich hasse bestimmt keine Ausländer, aber ich möchte die armen Seelen nicht direkt vor meiner Haustür haben.“



29. August

Kurz vor der Eröffnung einer Unterkunft für minderjährige weibliche Geflüchtete in Lübars fand am Nachmittag eine Infoveranstaltung in der Einrichtung mit Vertreter_innen der Senatsverwaltung und des Trägers statt. Im überfüllten Saal herrschte eine feindselige Stimmung gegen den Zuzug von Geflüchteten, die sich in Redebeiträgen und Buh-Rufen äußerte. Den Jugendlichen wurde unterstellt, die Unwahrheit über ihr Alter zu sagen. Sie würden ihre Zeit auf der Straße verbringen und dadurch stören. Es wurden auch Vorwürfe gegen den Besitzer des ehemaligen Gasthofs erhoben, der zur Unterkunft umgewandelt wurde. Vereinzelt gab es auch Gegenreden, die die Unterkunft verteidigten.

29. August

In der Breitkopfstraße im Ortsteil Reinickendorf wurden auf einem Altkleidercontainer zwei „Umweltschutz ist Heimatschutz“-Aufkleber gesehen und entfernt (wie 24. Mai).

30. August

Im Klemkepark in Reinickendorf-Ost wurde an einem Schild ein „Umweltschutz ist Heimatschutz“-Aufkleber bemerkt, der bereits halb entfernt worden war.



31. August

Im August ereignete sich in Reinickendorf ein rassistischer Angriff. Datum und genauer Ort sind unbekannt.

31. August

Der Kreisverband von „Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im August drei Facebook-Posts. In einem Beitrag wurden die Reinickendorfer Wasserbüffel als nützliche und „willkommene Gäste von einem anderen Kontinent“ bezeichnet. Der Wasserbüffelbeitrag muss im Kontext früherer migrationsfeindlicher Beiträge als ironischer Post verstanden



werden. Demnach seien Wasserbüffel willkommen, Menschen von anderen Kontinenten allerdings nicht.

31. August

Am Franz-Neumann-Platz in Reinickendorf-Ost wurde auf Höhe der Markstraße ein Aufkleber an einer Laterne bemerkt und entfernt, der Werbung für extrem rechten Versand „Division Odin“ machte.

31. August

An der Ecke Schulzendorfer Straße und Andornsteig in Heiligensee wurde ein Aufkleber gesehen und entfernt, auf dem vor dem Hintergrund der Reichsflagge die Liedzeile der verbotenen ersten Strophe des Deutschlandliedes „Deutschland Deutschland über alles“ zu sehen war.



September

2. September

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu struktureller Diskriminierung. Seit dem 2. September durften Bewohner*innen der Unterkunft in Tegel weder Essen noch Getränke mit ins Zelt nehmen. Das bereitgestellte Essen war qualitativ schlecht und nur zu bestimmten Zeiten verfügbar. Trinkwasser wurde nicht ausreichend zur Verfügung gestellt. Seit dem Essensverbot wurden die Taschen der Bewohner*innen nicht mehr nur am Eingang, sondern vermehrt auch vor Betreten des Zelts und im Schlafsaal durchsucht. An zwei Tagen (2. und 3. September) wurden Frauen, die vom Duschen kamen, durchsucht und die Unterwäsche in den Taschen genau betrachtet. Die Bewohner*innen hatten vor Ort keinen Zugang zu Beratungen. Die Mitarbeitenden hatten die Anordnung erhalten bis auf mündliches Übersetzen oder Wegbeschreibungen nicht zu helfen.

3. September

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu Gewalt durch

Sicherheitskräfte. Laut einem Beschwerdebrief und Gesprächsprotokollen des Flüchtlingsrates verübte eine Sicherheitskraft Tötlichkeiten gegen ein Kind, das eine Banane ins Zelt hineinnehmen wollte. Am selben Tag gingen Sicherheitsleute bei der Einlasskontrolle tödlich gegen einen jungen Mann vor. Einen ähnlichen Fall hatte es bereits vorher gegeben. Andere Bewohner*innen wandten sich an die Schichtleitung, die jedoch nicht versuchte, die Situation zu klären, sondern den Personen drohte, die sich beschwerten.

4. September

Nach den Sommerferien äußerte sich ein Grundschüler in Tegel antisemitisch. Die Schüler*innen einer 4. Klasse hatten in einer Pause gemeinsam eine Kindersendung gesehen, in der die Zeit des Nationalsozialismus thematisiert wurde. Ein Schüler sagte daraufhin, er fände es gut, was Hitler getan hätte und Juden seien gottlos. Einen Mitschüler fragte er: „Du glaubst ja auch nicht an Gott. Bist Du auch Jude?“ Der Betroffene empfand dies als Beleidigung, ohne genau zu verstehen, was gemeint war. Die Mutter des Betroffenen beschwerte sich später beim Lehrer, worauf dieser am nächsten Tag die Schüler*innen zu sensibilisieren versuchte. Der genaue Tag des Vorfalls ist nicht bekannt.

5. September

Bei einer Informationsveranstaltung der Senatsverwaltung über eine neue Unterkunft für minderjährige Geflüchtete in Reinickendorf-Ost herrschte eine flüchtlingsfeindliche Stimmung unter den etwa 70 bis 80 Teilnehmenden. Der anwesende Staatssekretär äußerte viel Verständnis für die Wut der Anwohnenden über die Eröffnung der Unterkunft. Teilnehmende unterstellten den Geflüchteten pauschal Betrug und Kriminalität. Sie seien Wirtschaftsflüchtlinge und älter als 18 Jahre alt. Sie würden klauen und seien bedrohlich für kleine Mädchen. Eine Person behauptete, die 7-jährige Tochter könne jetzt nicht mehr zur Schule gehen, weil es auf der Straße zu gefährlich sei. Auch Anhänger*innen von „Die Heimat“ waren laut eigenen Angaben anwesend.

5. September

Ein AfD-Politiker veröffentlichte einen Beitrag auf Facebook, der sich gegen die Unterbringung von minderjährigen Geflüchteten in Reinickendorf-Ost richtete. Unter der Überschrift „Nein zum Asylantenheim!“ wurde geschrieben, dass die Straße „nicht zu einem Brennpunkt werden“ dürfte. Die Unterbringung von Geflüchteten wurde als „Politik gegen

den Bürger“ beschrieben, von dem der Betreiber der Unterkunft profitiere. Die direkte Verbindung von einer Asylunterkunft mit der Gefahr eines sogenannten Brennpunktes kann als Rassismus interpretiert werden. Asylsuchende werden dadurch pauschal als gefährlich und nicht erwünscht dargestellt. In einem Kommentar unter dem Beitrag beschimpfte eine Person minderjährige Asylsuchenden mit den Worten „Dieser Unternehmer der Asylindustrie hat jetzt inzwischen im Reinickendorfer Bereich mindestens vier Häuser mit angeblich Minderjährigen sozialparasitäre Eindringlingen, Ankerkindern, die dann ihre Sippe nachholen, belegt“. Dieser Kommentar wurde nicht moderiert.

6. September

In Lübars wurden rassistische Flugblätter der Partei „Die Heimat“ verteilt, die sich gegen eine neue Unterkunft für geflüchtete Mädchen richteten. Auf den Flyern stand: „Sie versprechen kleine Mädchen, doch es kommen schwarze Männer - Nein zum Asylheim!“ und „Asyltzunami stoppen!“ (sic!). Anwohnende waren empört über die rassistische Hetze und meldeten sich bei der Bezirksverwaltung.



13. September

In der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung bezeichnete ein AfD-Abgeordneter das Register Reinickendorf als „Denunziationsportal“, das „legitime Meinungen und Verbrechen“ vermische. Hintergrund war ein Antrag der SPD-Fraktion auf finanzielle Förderung des Projekts. Die AfD forderte stattdessen die Streichung staatlicher Finanzierung und übernahm Falschbehauptungen, die im Zuge einer Diskreditierungskampagne gegen die Berliner Register aufgestellt wurden.



15. September

An einer Grundschule in Frohnau wurde ein Kind im Rollstuhl von der ihm zustehenden Hortbetreuung ausgeschlossen. Der Einbau einer Rampe zum Hortbereich wurde vom Bezirk als wirtschaftlich nicht vertretbar abgelehnt. Auch der Anspruch auf einen Fahrdienst wurde für das Kind seit einem Jahr nicht erfüllt. Von der fehlenden Zugänglichkeit werden in Zukunft weitere Kinder betroffen sein. Ihnen wird so eine gleichberechtigte Teilhabe verwehrt.

19. September

An der Ecke von Roedernallee und Am Nordgraben wurde ein „# Stolzmonat“-Aufkleber gesehen und entfernt.



19. September

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu Diskriminierungen von Bewohner*innen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten. Sie bekamen keine Betreuung und die Unterbringungsbedingungen waren für sie unangemessen. Einem Bewohner mit Epilepsie wurde laut Gesprächsprotokoll des Flüchtlingsrates das obere Stockbett zugewiesen, obwohl dies gefährlich für ihn war. Die Toilettenbereiche wurden gleichzeitig zur Reinigung für jeweils eine Stunde mittags und abends geschlossen, sodass es solange keinen Zugang zu Toiletten gab. Auf die Behindertentoiletten wurden nur noch Personen im Rollstuhl gelassen. Anderen Menschen mit attestierten Krankheiten wurde die Nutzung verwehrt. Das genaue Datum der Vorfälle ist nicht bekannt.

20. September

An der Kreuzung von Pankower Allee und Reginhardstraße in Reinickendorf-Ost wurden zwei Aufkleber von „AUF1“ entdeckt und entfernt. Einer bezog sich auf den Verschwörungsmythos „Great Reset“, der auf der Vorstellung basiert, eine „globale Finanzelite“ hätte die Corona-Pandemie bewusst herbeigeführt, um die Welt nach ihren Vorstellungen zu lenken und umzugestalten.



20. September

Es wurde eine rassistische Diskriminierung an einer Reinickendorfer Schule dokumentiert. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

21. September

In der Nähe des Paracelsus-Bads in Reinickendorf-Ost wurden vier Aufkleber gesehen und entfernt, die für den extrem rechten Bekleidungsversand „Division Odin“ machten. Sie befanden sich an der Bushaltestelle Paracelsus Bad/Arosener Allee und an den Kreuzungen der Roedernallee mit den Straßen Alt-Reinickendorf und Lindauer Allee.

21. September

Auch am Franz-Neumann-Platz in Reinickendorf-Ost wurden zwei Aufkleber von „AUF1“ mit Bezug zum Verschwörungsmythos „Great Reset“ bemerkt und entfernt.

21. September

Es fand ein rassistischer Vorfall gegen eine Schwarze Person statt. Auf Wunsch der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



22. September

An der Bushaltestelle Gorkistraße/Am Nordgraben in Tegel wurde Aufkleber mit der Aufschrift „Befreie dich vom Schuldskult“ entfernt. Darauf waren Hände abgebildet, die Fesseln zerreißen. „Schuldskult“ ist ein politischer Kampfbegriff der extremen Rechten, der sich gegen die Erinnerung an die NS-Verbrechen richtet.

26. September

An einem Schaukasten an der Ecke Bernauer Straße und Berliner Straße in Tegel-Süd wurde ein Aufkleber der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ bemerkt und entfernt. Der runde Aufkleber zeigte ein durchgestrichenes „PC“ und den Schriftzug „Political Correctness – Nein Danke“. Mit dem Kampfbegriff „Political Correctness“ versuchen extrem Rechte, Antidiskriminierungspolitik zu diskreditieren.

27. September

In Reinickendorf-Ost wurden in der Reginhardstraße und der Mittelbruchzeile erneut an Laternen Aufkleber von „AUF1“ bemerkt und entfernt, die Bezug auf die Corona-Pandemie und den Verschwörungsmythos „Great Reset“ nahmen (wie 20. September).

30. September

„Die Heimat“ -Reinickendorf veröffentlichte im September auf Facebook Beiträge in Bezug auf die Eröffnung einer Unterkunft für minderjährige Geflüchtete in Reinickendorf-Ost. Dabei wurde auch die Adresse der Unterkunft veröffentlicht. Andere Beiträge warben für den eigenen Mailverteiler und den monatlichen Stammtisch.

30. September

Unbekannte brachten an einem Baum auf dem Dorfplatz Alt-Lübars einen Zettel an, in dem sie sich pauschal gegen die Unterbringung von Geflüchteten wandten. Der Zettel hing unter einem Flyer, der für eine Solidaritäts-Kundgebung mit Geflüchteten warb. Sinngemäß hieß es auf dem Zettel, es bräuhete keine neuen Unterkünfte, wenn alle, die sich für Geflüchtete einsetzten, selbst eine geflüchtete Person aufnahmen.



Oktober

1. Oktober

Am S-Bahnhof Waidmannslust wurde eine NS-verharmlosende Schmiererei bemerkt und überklebt, die die „Antifa“ mit der SA gleichsetzte.

1. Oktober

In Reinickendorf wurde ein queerfeindlicher Vorfall dokumentiert. Das Datum wurde anonymisiert.



1. Oktober

In einer Reinickendorfer Schule äußerten sich Schüler*innen queerfeindlich. Bei einer Diskussion im Klassenraum wurden homo- und transfeindliche Beleidigungen geäußert. Darüber hinaus sagte eine Person: „Wenn die AfD an der Macht ist, gibt's doch sowieso keine Schwulen mehr im Land.“ Das genaue Datum ist nicht bekannt.

4. Oktober

An einem Schaukasten in der Veitstraße Nähe Berliner Straße in Tegel wurden ebenfalls Aufkleber der Jungen Freiheit bemerkt. Zwei richteten sich gegen Political Correctness. Ein Aufkleber warnte „Achtung! Sie verlassen jetzt den politisch korrekten Sektor“. Auch im Stil war er an die historischen Schilder an den Berliner Sektorengrenzen angelehnt. Dadurch wurde suggeriert, das Eintreten gegen Diskriminierung sei mit der DDR-Diktatur vergleichbar.



6. Oktober

Der Ortsverband von „Die Heimat“ bewarb auf Facebook einen „deutsch-nationalen Stammtisch Reinickendorf“, der jeweils am ersten Freitag im Monat stattfinden soll.



6. Oktober

Am Letteplatz in Reinickendorf-Ost äußerten sich Kinder und Jugendliche queerfeindlich am Infostand des queeren Jugendtreffs „House of Queers“ auf dem Letteplatz und beschädigten Material. Kurz nachdem die Mitarbeitenden den Stand dekoriert hatten, kamen zwei Jugendliche vorbei. Einer von ihnen sagte sinngemäß laut Zeug*innen, dass das „alles voll ekelhaft ist und dass sein Nachbar auch schwul wäre und er da kotzen könnte und er ihn ansucken will“. ER sagte außerdem, er würde am liebsten die Fahnen vom Stand nehmen und verbrennen. Etwas später kam eine Gruppe Jugendlicher an den Stand. Einzelne von ihnen sagten zu den Mitarbeitenden „Was stinkt hier denn so sehr?“

liiihhh baaaah, ich weiß genau was hier so stinkt! Das ist so widerlich so eine Kacke hier alles.“ Andere aus der Gruppe versuchten die Situation zu besänftigen. Mit der Zeit bildete sich eine Gruppe von 10 bis 15 Kindern und Jugendlichen. Ein Jugendlicher wollte, dass eine mitarbeitende Person nach vorne kommt, um sich mit ihm zu schlagen. Einige nahmen Material vom Stand und zerrissen es. Am Ende rissen zwei Jugendliche eine Girlande vom Stand und liefen damit weg. Eine jugendliche Person, die dabeigestanden hatte, kam nochmals zurück, um sich zu entschuldigen. Unterstützung durch andere Gäste und das Organisationsteam kam sehr spät.

10. Oktober

An einem Schaukasten in der Bernauer Straße in Tegel-Süd wurde erneut ein „Political Correctness“-Aufkleber der „Jungen Freiheit“ bemerkt und entfernt (wie 26. September).

11. Oktober

Am S-Bahnhof Waidmannslust wurden extrem rechte Schmierereien bemerkt und übermalt, darunter mehrfach das Keltenkreuz, ein Symbol der extrem rechten Szene.

13. Oktober

An einer Plakatwand auf dem S-Bahnhof Waidmannslust wurden rassistische Schmierereien wie „Asylanten Stopp“ und „Alle Ausländer raus hier!“ bemerkt. Andere Tags richteten sich gegen politische Gegner*innen und warben für die AfD.



13. Oktober

Es wurde eine rassistische Diskriminierung an einer Reinickendorfer Schule dokumentiert. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.



13. Oktober

In Wittenau wurde am Vormittag israelische Flagge beschädigt, die auf dem Rathausvorplatz gehisst worden war. Ein Mitarbeiter des Rathauses stellte gegen 10.30 Uhr fest, dass die in zehn Meter Höhe angebrachte Flagge ein Brandloch aufwies. Die Fahne wurde eingeholt und im Rathaus gesichert. Für diesen Tag hatte die Hamas weltweit zu Gewalt gegen Israel aufgerufen. Das Verbrennen der Fahne symbolisiert den Willen, den jüdischen Staat zu vernichten.



13. Oktober

Bei einer Versammlung in Reinickendorf-Ost herrschte eine flüchtlingsfeindliche Stimmung. Ein Abgeordneter veranstaltete ein Treffen zur neu eröffneten Unterkunft für minderjährige Geflüchtete. Zuvor hatte es Beschwerden über Lärm gegeben. Bei dem Treffen stellten viele Teilnehmende die asylsuchenden Jugendlichen pauschal als Problem und Bedrohung dar und äußerten sich aggressiv gegen die Unterkunft. Andere Teilnehmende sprachen ihr Verständnis für Geflüchtete aus.

16. Oktober

Vor einer Kita im Märkischen Viertel wurden von Mitarbeitenden der Einrichtung Hakenkreuzschmierereien bemerkt und entfernt.



21. Oktober

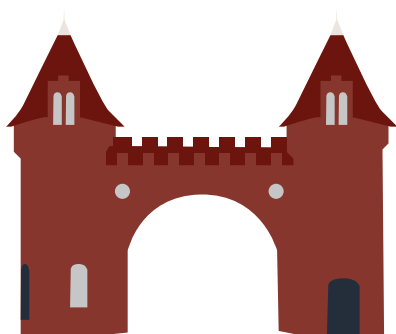
„Die Heimat“ hielt in Wittenau und Lübars jeweils für eine halbe Stunde drei Kundgebung gegen die Unterbringung von Geflüchteten mit etwa sieben Teilnehmenden ab. Sie fanden in der Nähe von neuen Unterkünften für minderjährige Geflüchtete bzw. vor dem Ankunftszentrum auf dem Karl-Bonhoeffer-Nervenklinikgelände statt. Die Teilnehmenden hielten verschiedene Banner mit flüchtlingsfeindlichen Slogans. Darauf wurden Geflüchtete pauschal als Betreiber*innen dargestellt und für die Wohnungskrise verantwortlich gemacht. An allen drei Orten kam es zu Gegenkundgebungen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die sich für Vielfalt, Offenheit und Toleranz aussprachen.

31. Oktober

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Oktober mehrere Facebook-Beiträge. In einem Post wurde behauptet, ausländische Menschen würden von „der deutschen Melkkuh“, „während deutsche Rentner Flaschen sammeln“ müssten. Menschen aus der Ukraine, Syrien, der Türkei und weiteren Ländern würden nicht auf Grund von Kriegen, sondern wegen des Geldes einreisen. Geflüchtete wurden in dem Beitrag pauschal als schädlich dargestellt. In einem anderen Post wurde zu einem Bild mit einer israelischen und mehreren palästinensischen Fahnen geschrieben: „Fremde Völker importieren fremde Konflikte“. Ein anderer Beitrag wies auf das neue Interkulturelle Zentrum in Wittenau hin und teilte einen lokalen Zeitungsartikel dazu. Ein User schrieb darunter einen rassistischen Kommentar, in dem er einem Mitarbeiter des Zentrums aufgrund des Fotos sexuelle Belästigung zuschrieb. Weiter stellte er mi-



grantsche Männer pauschal als Gefahr dar. Dieser Kommentar wurde nicht moderiert.



November

1. November

Es kam zu einem Vorfall gegen politische Gegner*innen in Reinickendorf. Zum Schutz der Betroffenen wurde das Datum des Vorfalls anonymisiert.

!! 1. November

Ein Mann mittleren Alters bedrohte in der U 8 zwischen den U-Bahnhöfen Wittenau und Paracelsusbad kurz vor 9 Uhr morgens aus rassistischen Motiven eine Mutter mit ihrem Kind mit Gestiken und rief ihnen Beleidigungen hinterher. Als eine weitere Person ihn daraufhin entsetzt anschaute, beleidigte er sie minutenlang sexistisch, queerfeindlich, behindertenfeindlich und als politische Gegner*in. Er drohte der Person außerdem mehrmals körperliche Gewalt und Mord an.

1. November

Anhänger*innen von „Der III. Weg“ steckten in Heiligensee Flugblätter in die Briefkästen der Anwohner*innen. Unter dem Titel „Achtung Einbrecher“ verbreiteten sie antiziganistische Hetze, indem sie pauschal Rom*nja und Osteuropäer*innen für Einbruchskriminalität verantwortlich machten.

1. November

Auf einem Kirchengelände im Schwarzspechtweg in Konradshöhe wurde ein Banner mit dem Text „Solidarität mit Israel“ und der Israelischen Flagge aus antisemitischer Motivation verbrannt. Das Banner war auf Beschluss des Gemeindegemeinderates der evangelischen Kirchengemeinde Konradshöhe-Tegehort aufgehängt worden. Am nächsten Tag fanden Gemeindeglieder nur noch Aschereste vor. Sie erstatteten Anzeige. Wenige Tage später wurde ein

neues Banner gegen Antisemitismus und Terror aufgehängt.

2. November

In der Residenzstraße in Reinickendorf-Ost wurde auf Höhe des Franz-Neumann-Platzes an einer Ampel der Great-Reset-Aufkleber von „AUF1“ bemerkt und entfernt (wie 20. September).

3. November

Wieder wurde am Franz-Neumann-Platz ein Great-Reset-Aufkleber von „AUF1“ bemerkt und entfernt.

5. November

Am Tegeler Hafen wurde eine Schmiererei mit dem Wortlaut „Fight Islam“ bemerkt, was als Ausdruck von antimuslimischem Rassismus zu verstehen ist.

5. November

An einem Mülleimer am Tegeler See wurde ein rassistischer Aufkleber mit der Aufschrift „Remigration“ bemerkt und entfernt (wie 21. August). In der Nähe des Sees, an der Ecke von Veitstraße und Eisenhammerweg wurde außerdem ein schwarz-weiß-roter Aufkleber mit der Aufschrift „FCK ANTIFA“ bemerkt, der in extrem rechten Kreisen verbreitet ist.

6. November

Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Ankunfts-zentrums auf dem Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik-Gelände in Wittenau zeigte während der Arbeit Symbole der Grauen Wölfe. Besucher*innen beobachteten, dass der Mann eine Kappe mit den Orchon-Runen „ᠬᠮᠲᠦ“ (in lateinischer Schrift: „Türk“) trug. Auch kurdische, armenische und andere Geflüchtete, die von den Grauen Wölfen als Feinde betrachtet werden, müssen das Ankunfts-zentrum durchlaufen. Die Anwesenheit eines Graue-Wölfe-Anhangers kann ihr Sicherheitsgefühl erschüttern.

!! 12. November

Am S-Bahnhof Schönholz zeigte und sagte ein Mann den Hitlergruß direkt zu einer ihm unbekannt Person und lachte anschließend. Er wirkte betrunken.

12. November

In der Nähe des S-Bahnhofs Waidmannslust wurde ein schwarz-weiß-roter Aufkleber mit der Aufschrift „Alle Zecken sollen verrecken“ und „Antifa Hass“ bemerkt und entfernt.

13. November

In der Nähe des S-Bahnhofs Waidmannslust wurde

an derselben Stelle wie am Vortag wieder ein extrem rechter Aufkleber bemerkt und entfernt. Unter dem Slogan „Jung, deutsch, kampfbereit“ zeigt er eine Gruppe von Figuren mit Deutschlandfahne, militant anmutender Kleidung und einer Waffe.

13. November

An einer Schule im Bezirk Reinickendorf ereignete sich ein Vorfall von Anti-Schwarzem Rassismus.



14. November

Kurz vor 16 Uhr hörte ein außer Dienst befindlicher Polizist in der U-Bahn der Linie U 8 kurz vor der Station Wittenau, wie ein 37-Jähriger einen Gast während der Fahrt homofeindlich beleidigte. Im Anschluss äußerte sich der Tatverdächtige gegenüber zwei Mitreisenden lautstark volksverhetzend. Der Polizist nahm den Mann auf dem Bahnsteig fest und wartete auf das Eintreffen alarmierter Polizeikräfte, um den Mann zu übergeben. Die Polizei stellte fest, dass der Mann alkoholisiert war.



15. November

In Tegel wurde der Transportwagen einer Handwerksfirma antisemitisch beschmiert. Auf das Auto wurde „Juden-Sau!“, „666666“ und ein Hakenkreuz gesprüht. Durch die Zahlenreihe wurden Jüd*innen mit dem Teufel in Verbindung gebracht. Die Schmierereien wurden am Morgen von Mitarbeitenden bemerkt und beseitigt. Andere Autos waren nicht betroffen. Ein Bezug zur Firma konnte nicht rekonstruiert werden.



17. November

In einem Reinickendorfer Supermarkt kam es zu antimuslimischem Rassismus. Eine Kundin beleidigte eine weitere Kundin, die an einer anderen Kasse stand, wiederholt rassistisch. Weder die Kassiererin noch andere Personen griffen ein. Die Beschimpfte rief nach einiger Zeit „ist ja gut jetzt“. Auf dem Parkplatz kam die Täterin mit dem Fahrrad zu der Betroffenen, blieb stehen und rief „Ihr scheiß Kopftuch-Ollen, geht doch zurück in euer Land“. Bevor sie wegfuhr, spuckte sie der Betroffenen noch vor die Füße.



18. November

Die Koca-Sinan-Moschee in der Holländerstraße in Reinickendorf-Ost erhielt einen antimuslimisch-rassistischen Brief. Im Umschlag waren neben einer Nachricht, die den Koran beschimpfte, auch Schwei-

nefleisch, angebrannte Koranseiten und Fäkalien. Ähnliche Briefe wurden in Berlin und deutschlandweit an weitere Moscheen des türkischen Dachverbands DITIB verschickt.

18. November

Im Umfeld des S-Bahnhof Waidmannslust wurden zwei queerfeindliche Aufkleber des „III. Weg“ bemerkt und entfernt. Mit Slogans wie „Familienglück statt LGBTQ!“ und „Homo-Propaganda stoppen!“ verbreiteten sie die Vorstellungen, queere Menschen könnten keine Familien gründen und würden durch Indoktrinierung andere Menschen homosexuell machen.

19. November

In der Hatzfeldtallee und im Tile-Brügge-Weg in Tegel wurde an Mülleimern, einem Stromkasten und einem Altkleidercontainer der blaue Remigration-Aufkleber bemerkt und entfernt bzw. unkenntlich gemacht (wie 21. August). Ein Aufkleber befand sich am Portal des Humboldt-Gymnasiums.

23. November

An Schaukasten der CDU am Ludolfinger Platz in Frohnau brachte eine unbekannte Person eine rassistische Schmiererei an. Die Schlagworte „CDU = Islam“ und „2015“ verwiesen auf die Einwanderung von muslimischen Flüchtlingen im Jahr 2015 und machten die CDU dafür verantwortlich. Der Islam und muslimische Migrant*innen wurden dadurch implizit als etwas Negatives abgewertet. Der benachbarte Schaukasten des Bürgervereins Frohnau wurde von derselben Person mit dem Schriftzug „FUCK GRÜNE“ beschmiert.

23. November

An der Ecke von Eschachstraße und Gorkistraße in Tegel wurde ein extrem rechter Aufkleber mit der Aufschrift „Für Identität und Heimat“ bemerkt und entfernt.

24. November

In Waidmannslust wurden antisemitische und queerfeindliche Aufkleber dokumentiert.

25. November

An verschiedenen Schaukästen in und um den S-Bahnhof Frohnau wurden extrem rechte Schmierereien angebracht. An fünf verschiedenen Orten wurden die Glasscheiben von Infokästen sowie einer Bahnhofstür beschmiert. Mit einem schwarzen Marker wurde jeweils „FUCK GRÜN“ oder „FUCK GRÜ-



NE“ geschrieben. An einer Stelle war noch zusätzlich die Aufschrift „Fuck Islam“ angebracht.

25. November

Am S-Bahnhof Hermsdorf wurde auf die Scheibe eines Infokastens „Kill Habeck“ geschrieben. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) war zur Zeit des Vorfalls Bundeswirtschaftsminister. Dieser Mordaufruf stand vermutlich im Zusammenhang mit den aus Frohnau gemeldeten Schmierereien am selben Tag.



26. November

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu Beleidigungen und Gewalt durch Bewohner*innen und Sicherheitspersonal gegenüber kurdischen Geflüchteten. Am frühen Morgen wurden kurdische Bewohner*innen während des Schlafs gestört. Eine große Gruppe anderer Bewohner*innen versammelte sich, beleidigte die Menschen als „ungläubige Kurden“ und griffen diese an. Auch Sicherheitskräfte beteiligten sich an den Angriffen. Laut Zeitungsbericht waren weitere Parolen: „Was der IS nicht geschafft hat, machen wir“, „Allahu Akbar“ und „Wir schneiden allen Kurden die Köpfe ab“. Fünf kurdische Geflüchtete wurden verletzt. Eine Zeugin berichtete von einer Fehlgeburt in Folge des Angriffs. Die kurdischen Menschen mussten am nächsten Tag in ein neues Zelt umziehen, welches allerdings nicht bezugsfertig war und nur einige hundert Meter vom alten Zelt entfernt lag. Die kurdischen Geflüchtete, die bereits in ihren Herkunftsländern Rassismus erleben mussten, wurden nicht genug geschützt. Die kurdische Identität wurde bei der Unterbringung nicht ausreichend beachtet und berücksichtigt.



28. November

Im Ankunftszentrum in Tegel drohte dieselbe Gruppe kurdische Bewohner*innen auch in ihrer neuen Unterkunft Gewalt an und beleidigte sie.



Dezember



1. Dezember

An einer Reinickendorfer Oberschule wurden Schüler*innen in den letzten Monaten wiederholt von Mitschüler*innen rassistisch beleidigt.



1. Dezember

An einer Reinickendorfer Oberschule wurden Schüler*innen in den letzten Monaten wiederholt von Mitschüler*innen queerfeindlich beleidigt.



1. Dezember

In der U 8 in Wittenau wurde eine Frau mit Kopftuch rassistisch beleidigt. Ein wahrscheinlich betrunkenere Mann zeigte den Hitlergruß und wiederholte mehrfach „Scheiß Ausländer, alle Ausländer raus!“ Das genaue Datum ist nicht bekannt.



1. Dezember

Bei einer Veranstaltung in einer Reinickendorfer Schule kam es zu antimuslimischem Rassismus. Eine Person äußerte sich rassistisch indem sie sagte, dass muslimische Menschen nicht zu Deutschland gehören würden und sie generell unter Verdacht stellte, die Hamas zu unterstützen. Andere Anwesende widersprachen diesen Aussagen. Der genaue Tag ist nicht bekannt.

5. Dezember

In der Hermann-Piper-Straße wurde ein Aufkleber der „Identitären Bewegung“ an einem Pfahl bemerkt und entfernt. Er trug neben der Abbildung eines Flugzeuges die Aufschrift „Genug jetzt! Re-migration statt Asylwahn“.



6. Dezember

Im Ankunftszentrum Tegel kam es zu mangelhafter Betreuung und fehlendem Schutz von Geflüchteten. In einem Gespräch mit dem Verein Yekmal berichteten kurdische Bewohner*innen, dass Frauen nicht ausreichend vor sexualisierter Gewalt geschützt waren, es kein funktionierendes Beschwerde-Management gab und die Versorgung und Verpflegung unzureichend war. Insbesondere die Versorgung von Schwangeren, Kindern und psychisch kranken Menschen war unzulänglich. Es fehlte ein Verfahren zum Anfordern von Rettungswagen, sodass Krankenhausbehandlungen verhindert wurden.



7. Dezember

Beim Jobcenter Reinickendorf wurde eine Person mit spanischer Staatsangehörigkeit strukturell benachteiligt. Die Person hatte mithilfe eines Mitarbeiters auf Englisch die Antragspapiere ausgefüllt, da die Deutschkenntnisse hierfür nicht ausreichten. Die nächste Mitarbeiterin verweigerte aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse die weitere Bearbeitung,

zerknüllte die bereits ausgefüllten Papiere und warf sie weg. Sie sagte, die Person solle mit einem Sprachmittler wiederkommen. Sie zog weder den Mitarbeiter mit Englischkenntnissen, noch eine telefonische Sprachmittlung hinzu. Der antragstellenden Person wurden auch keine Hinweise auf entsprechende Organisationen gegeben. Überfordert verließ sie das Jobcenter. Auch wenn die Amtssprache deutsch ist, sind die Jobcenter speziell bei EU-Bürger*innen verpflichtet, nicht zu benachteiligen und Hilfestellungen anzubieten.

10. Dezember

In der Hatzfeldallee in Tegel wurden mehrere Aufkleber von „Der III. Weg“ entfernt. Zwei Aufkleber trugen die Aufschrift „Homo-Propaganda stoppen“. Darunter war als Piktogramm eine Familie dargestellt, die sich mit Regenschirmen mit dem Logo der Partei vor heruntertropfenden Regenbogenfarben schützten. Die Personen waren entweder in Rot mit Rock oder Kleid oder in Blau ohne Rock dargestellt, wodurch die klare Trennung in zwei Geschlechter symbolisch dargestellt wurde. Auf weiteren Aufklebern stand „Europa erwache“ in verschiedenen europäischen Sprachen. Im Hintergrund war eine Person zu sehen, die ein Schwert hielt.

10. Dezember

Am Eingang des Humboldt-Gymnasiums in der Hatzfeldtallee in Tegel wurde ein Aufkleber von „AUF1“ bemerkt und entfernt.

10. Dezember

Am Falkenplatz und Umgebung in Konradshöhe wurden extrem rechte Aufkleber gesehen und unkenntlich gemacht, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten. Auf einem stand, unterstrichen in den schwarz-rot-gold, „Alle Zecken sollen verrecken, Antifa Hass“. Auf einem anderen waren unter dem Titel „Für Heimat und Identität“ verschiedene Figuren dargestellt, darunter eine, die die Progress-Pride-Flagge verbrennt. Weitere Sticker trugen die Überschrift „Zecken zerschlagen“ und zeigten eine Zecke mit der Beschriftung Antifaschistische Aktion, die von zwei Fäusten angegriffen wird. In der extremen Rechten werden Linke und Punks abwertend als Zecken bezeichnet.

!! 11. Dezember

In der Nähe des Kurt-Schumacher-Platzes in Reinickendorf-West gab es einen transfeindlichen Vorfall im Ersatzverkehr der U 6. In einer Auseinanderset-

zung über laute Musik sagte ein Jugendlicher: „Was schaust du mich so an? Du bist ja keine Frau. Du hast ja einen Bart.“ Ein anderer Fahrgast mischte sich daraufhin ein, kritisierte diese Aussage und diskutierte mit dem Jugendlichen, bis dieser einlenkte.

!! 12. Dezember

Die LINKE Reinickendorf erhielt ein Schreiben, in dem sie beleidigt und bedroht wurde. Der Brief nahm Bezug auf eine Kundgebung gegen den AfD-Stammtisch Am Eichborndamm am 5. Dezember 2023, an der sich Die LINKE sichtbar beteiligt hatte. Die Kundgebung wurde als Ruhestörung dargestellt, von der sich der oder die Verfasser*in belästigt fühlte. Den Teilnehmenden wurde mit Gewalt gedroht: „Sollten diese Witzfiguren zu Ihnen gehören, dann stecken Sie denen mal, dass die sich nicht nur kalte Füße, sondern blutige Nasen holen, sollten die diese Nummer wiederholen wollen.“ Die Mitglieder der Partei wurden außerdem „übelste Volksverräter, kranke Spinner und geistlose Illusionisten“ beleidigt.

16. Dezember

In der Umgebung des S-Bahnhofs Waidmannslust wurden in den vergangenen Tagen immer wieder queerfeindliche, nationalistische und antisemitische Aufkleber von „Der III. Weg“ gesehen und entfernt.

16. Dezember

In der Illerzeile in Tegel wurden extrem rechte und rassistische Aufkleber entdeckt und entfernt, darunter der Remigration-Aufkleber (wie 21. August) und andere, die sich gegen queeren und antifaschistischen Aktivismus richteten.

16. Dezember

In der Hatzfeldtallee in Tegel wurde ein antisemitischer Aufkleber von „Der III. Weg“ gesehen und entfernt, auf dem hinter dem Slogan „Keine Solidarität mit Israel“ eine blutige Israelflagge zu sehen war. Der Aufkleber war an derselben Stelle, wo vorher queerfeindliche Aufkleber der Partei entfernt worden waren.

17. Dezember

In der Ziekowstraße in Tegel wurde ein Aufkleber von „AUF1“ entfernt.

!! 26. Dezember

Im Märkischen Viertel wurde in einem Bus ein lesbisches Paar beleidigt und bedroht. Ein Fahrgast schaute das Paar bedrohlich an und sagte unter anderem „Hört auf, euch zu küssen!“ und „Das ist ekelhaft.“



Mit Gesten drohte er, das Paar zu schlagen. Als die beiden Frauen daraufhin den Bus verließ, spuckte er auf den Boden und starrte ihnen hinterher.

31. Dezember

„Die Heimat“ Reinickendorf veröffentlichte im Dezember auf Facebook mehrere Beiträge mit rassistischem Inhalt. So enthielt ein Sharepic die Aufschrift „Kulturelle Aneignung stoppen: Kein Weihnachtsgeld für Muselmänner!“ Ein weiterer thematisierte Familiennachzug mit dem Satz „Eine Ankerperson holt das ganze Dorf nach“. Vor Sylvester wurde ein Bild eines mit Holzplatten verschraubten Supermarktes in Reinickendorf gepostet mit der Beschreibung „Man verschanzt sich hinter Spanplatten, falls Hans, Siegfried und Emma wieder Bürgerkrieg spielen. (Namen nur exemplarisch).“ Dieser Post bezog sich auf die Debatte rund um Sylvester 2022 in Berlin, in der vermeintlich nicht-deutsche Vornamen genutzt wurden, um die Vorfälle rassistisch zu deuten. In einem transfeindlichen Beitrag wurde außerdem ein Artikel geteilt in dem trans Frauen mit dem Spruch „Männer, die sich für Frauen halten“ bezeichnet wurden. Außerdem gab es Grüße zur Wintersonnenwende, es wurde für einen „radikalen Politikwechsel“ plädiert und zur Unterstützung der Landwirtschaftsproteste aufgerufen.

31. Dezember

Im Altenhofer Weg in Tegel wurde ein Aufkleber des Neonazi-Webshops „druck18“ gesehen und entfernt, der sich gegen geschlechtergerechte Sprache richtete.

31. Dezemeber

In der Ernststraße in Borsigwalde wurden rassistische Aufkleber des extrem rechten Vereins und Kampagnenprojekts „Ein Prozent“ entdeckt und entfernt. Darauf stand „Schlepper-NGOs stoppen: Europa verteidigen!“ Im Hintergrund war ein Schiff mit vielen Menschen zu sehen. Zugewanderte und Geflüchtete wurden so pauschal als Bedrohung und Seenotrettung als kriminell dargestellt.

Impressum

Herausgeber*in:

Projektkoordination
Registerstelle Reinickendorf

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Aliye Stracke-Gönül (Geschäftsbereichsleitung)
Frankfurter Allee 35-37, Aufgang C
10247 Berlin

Email: register-rd@lvs.stiftung-spi.de

Telefon: 01520.282 45 37

Web: www.stiftung-spi.de/service/projekte/detail/register-rd
www.berliner-register.de/register/reinickendorf/

Layout und Illustration: Marike Bode

Juni 2024

Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“
der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Gefördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt &
Stadtentwicklung

